

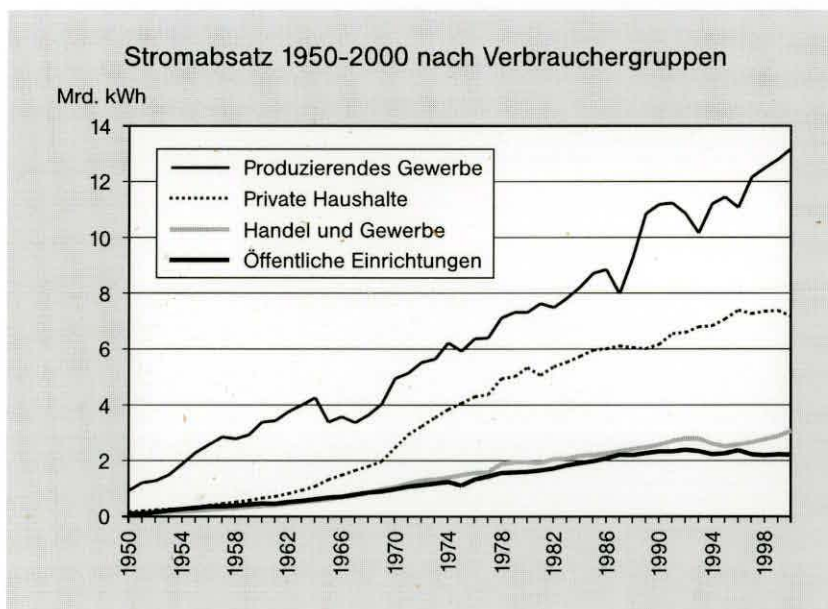
RheinlandPfalz



Statistische Monatshefte

2001

Januar
Februar
März
April
Mai
Juni
Juli
August
September
Oktober
November
Dezember



Inhalt

Woher bekommen die Rheinland-Pfälzer ihren Strom? – 50 Jahre öffentliche Stromwirtschaft in Rheinland-Pfalz –	245	Seit 50 Jahren erhebt und veröffentlicht die amtliche Statistik fundierte Daten zur Stromversorgung. Die Stromgewinnung erfolgt in Rheinland-Pfalz überwiegend auf der Grundlage von Erdgas. Trotz eines Ausbaus der Wärmekraftwerke kommen 75% des Stroms aus anderen Bundesländern oder dem Ausland.
Das Erntejahr 2001 – ein Jahr der Extreme	254	Das Erntejahr 2001 ist durch deutliche Ertragsunterschiede gekennzeichnet. Während beim Winterweizen Spitzenenerträge erzielt wurden, lagen die Erträge der Sommerungen deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt.
Kurzbeiträge	259	Der Fertigteilbau im Wohnbau in den Jahren 1991 bis 2000
Anhang	81*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	87*	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Erdgas ist wichtigster Energieträger bei der Stromerzeugung in den öffentlichen Kraftwerken; Wasserkraftwerke an zweiter Stelle

Die Bedeutung des Stroms ist – gemessen im Vergleich mit den anderen Energiequellen – seit 1970 um 3,4 Prozentpunkte gestiegen. Mit einem Anteil von 18% rangierte der Sekundärenergieträger Elektrizität 1998 an dritter Stelle hinter Mineralöl (43%) und Gas (31%).

Im Jahr 2000 wurden netto, das heißt nach Abzug des Kraftwerkeigenverbrauchs und des Pumpstromverbrauchs, in Rheinland-Pfalz 6 445 Mill. kWh Strom von den öffentlichen Kraftwerken erzeugt. Die Stromgewinnung erfolgte zu 73,3% auf der Grundlage von Erdgas; 18,5% wurden durch Wasserkraft, 5,7% durch Steinkohle, 2,5% durch Müllverbrennung und weniger als 0,1% durch Windkraft, Klärgas, Heizöl, Photovoltaik, Diesel und Raffineriegas gewonnen. Seit 1950 war die Stromerzeugung lediglich in den Probelaufzeiten des einzigen rheinland-pfälzischen Kernkraftwerks in Mülheim-Kärlich in den Jahren 1987 und 1988 mit Spitzenwerten von 7,7 und 10,4 Mrd. kWh höher gewesen als zwischen 1998 und 2000. Die Stromproduktion von 1988 hätte ausgereicht, um 47% des Gesamtaufkommens im Land abzudecken. Heute kommen 75% des Stroms über die Landesgrenze.

Ein Maßstab für die Kapazität der Stromerzeugungsanlagen ist die Engpassleistung. Zwischen 1965 und 2000 verfünffachte sich die Engpassleistung der öffentlichen Kraftwerke. Dieser Zuwachs war allein auf den Ausbau der Wärmekraftwerke zurückzuführen, während die Wasserkraftwerke unverändert bei 209 MW verharrten.

Obwohl der Anteil der Stromeinspeisung aus Industriekraftwerken, von privaten Betreibern regenerativer Anlagen und von Blockheizkraftwerken noch immer relativ unbedeutend ist, war deren Entwicklung in den letzten neun Jahren recht beachtlich. So wurden im Jahr 2000 gut 1,5% des Stromaufkommens aus diesen Quellen gedeckt.

Das produzierende Gewerbe war im Jahr 2000 mit 13 181 Mill. kWh nach wie vor größter Stromabnehmer im Land (50,3%), gefolgt von den privaten Haushalten mit 7 157 Mill. kWh (27,3%). Der Stromverbrauch der Industrie stieg gegenüber dem Vorjahr um 3% – auch bedingt durch die damalige gute Konjunkturentwicklung. Bei den privaten Haushalten war ein Stromminderverbrauch gegenüber dem Vorjahr von 2,8% zu verzeichnen. fu

Mehr über dieses Thema auf Seite 245

Große Streuung bei den Ernteerträgen

Deutliche Ertragsunterschiede prägten das Erntejahr 2001. Beim Winterweizen konnten die Landwirte mit 73 dt/ha einen Spitzenertrag dreschen, während die Ertragsleistung des Hafers (38 dt/ha) um rund ein Fünftel unter dem mehrjährigen Durchschnitt blieb. Sommergerste wies mit 44 dt/ha ebenfalls ein deutliches Minus im Vergleich zum Vorjahr auf. Hauptursache für den Ertragsabfall bei den Sommerungen war die späte Aussaat. Sie erfolgte wegen der kühlen und nassen Märzwitterung oft erst im April. Der durchschnittliche Getreideertrag liegt etwas unter dem langjährigen Mittel (58 dt/ha). Das Getreide konnte überwiegend trocken, mit niedrigem Fremdbesatz geerntet werden. Auch die Qualität wird im Allgemeinen als gut bezeichnet.

Die Kartoffelernte fiel in Rheinland-Pfalz dieses Jahr ausgesprochen klein aus. Sie betrug nur rund 274 000 t und stellte die kleinste bisher in Rheinland-Pfalz geerntete Menge dar. Zu den niedrigen Erträgen kommt noch eine Einschränkung der Kartoffelanbaufläche. Auf über 14 000 ha wird inzwischen Gemüse angebaut. Rheinland-Pfalz ist damit nach Nordrhein-Westfalen das wichtigste gemüseanbauende Bundesland Deutschlands. Gründe für das stetige Wachstum der Gemüseproduktion sind die guten klimatischen Voraussetzungen in der pfälzischen Rheinebene und die dort vorhandene Infrastruktur, die einen rentablen Gemüseanbau ermöglichen.

Der Weinjahrgang 2001 liegt mengenmäßig mit voraussichtlich 6,6 Mill. hl im zehnjährigen Durchschnitt. Von dem beim Verbraucher beliebten Rotwein dürfte etwa ein Fünftel weniger als im letzten Jahr geerntet werden. Ausschlaggebend hierfür sind deutlich geringere Hektarerträge für Portugieser und Dornfelder. Aufgrund der ungünstigen Witterungsbedingungen im Frühjahr fällt die Obsternte im Marktobstanbau dieses Jahr deutlich kleiner aus als 2000. Mit knapp 50 000 t Äpfeln und 6 000 t Sauerkirschen wird eine Erntemenge erwartet, wie sie zuletzt 1996 eingebracht wurde. bd

Mehr über dieses Thema auf Seite 254

Zahl der Verkehrstoten sank bis September um gut ein Fünftel

Gut ein Fünftel weniger Verkehrstote als im gleichen Vorjahreszeitraum gab es zwischen Januar und September 2001 auf den Straßen in Rheinland-Pfalz. 232 Menschen kamen bei Unfällen ums Leben, in den ersten neun Monaten des Jahres 2000 waren es 295. Die Zahl der Schwerverletzten ging gegenüber dem Vorjahreszeitraum um gut 9% auf 3 847 zurück, die Zahl der Leichtverletzten blieb mit rund 14 800 nahezu unverändert. Dagegen stieg die Zahl der Unfälle leicht auf 92 700 an. ham

2 600 Häuser kamen unter die Baggerschaufel; knapp die Hälfte davon wurde als Neubau wieder errichtet

Rund 2 600 Wohngebäude mit 5 300 Wohnungen sind in den zurückliegenden zehn Jahren in Rheinland-Pfalz abgerissen worden. In knapp der Hälfte der Fälle wurde alte Bausubstanz durch Neubauten an derselben Stelle ersetzt, das entspricht 1% der in diesem Zeitraum neu errichteten rund 113 000 Wohngebäude.

30% der abgerissenen Gebäude und 22% der Wohnungen stammten aus der Zeit vor 1900, zwischen 1901 und 1948 waren 40% der abgebrochenen Gebäude und 33% der Wohnungen errichtet worden. Immerhin 30% der abgerissenen Gebäude und 45% der Wohnungen waren nach Gründung der Bundesrepublik gebaut worden.

In den kreisfreien Städten wurde – gemessen an ihrem Anteil am Gesamtbestand – deutlich mehr abgerissen als in den Landkreisen. Spitzenreiter bei den Städten ist Mainz mit 194 abgebrochenen Wohngebäuden (833 Wohnungen), bei den Landkreisen Bad Dürkheim (174 Gebäude und 235 Wohnungen). haw

Tourismusbranche kann das hohe Vorjahresniveau nicht halten

14 Mill. Übernachtungen verzeichneten die rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsbetriebe von Januar bis August; das waren 1,8% weniger als im Vorjahr. Im Urlaubsmonat August hatte es einen Rückgang um 4% gegeben. Die Zahlen müssen vor dem Hintergrund der guten Ergebnisse der Vorjahre gesehen werden. 1999 und 2000 hatte es übers Jahr 5 bzw. knapp 7% mehr Übernachtungen gegeben; allein im August war im vergangenen Jahr ein Zuwachs von 7,3% registriert worden.

Während die Übernachtungszahlen deutscher Gäste lediglich um 0,7% auf 11,2 Mill. sanken, war bei Ausländern ein Rückgang um 5,9% auf 2,8 Mill. Übernachtungen zu beobachten. Die meisten Übernachtungen (1,2 Mill.; -8%) entfielen auf die Nachbarn aus den Niederlanden, Belgier buchten fast 415 000 Übernachtungen (-3,1%). Bei den Briten war ein Rückgang um 12% auf 309 000 und bei US-Bürgern ein Rückgang um 6,8% auf 254 000 Übernachtungen zu verzeichnen. el

347 Kinder wurden im Jahr 2000 in Rheinland-Pfalz adoptiert

Im Jahr 2000 wurden in Rheinland-Pfalz 347 Kinder und Jugendliche adoptiert. Dies bedeutet gegenüber 1999 einen Anstieg um fast 8%. Gut 40% der Adoptierten waren noch nicht im schulpflichtigen Alter, fast ein Drittel sechs bis zwölf und 28% zwölf bis 18 Jahre alt.

Mehr als die Hälfte wurde von einer nicht verheirateten Mutter geboren. Knapp ein Drittel der Adoptierten hatte zuvor eine nicht deutsche Staatsbürgerschaft.

Die Adoptionen erfolgten in 210 Fällen durch den Stiefvater, die Stiefmutter oder durch Verwandte. Familienfremde Paare oder Personen adoptierten 137 Kinder und Jugendliche. Von den abgebenden Eltern bzw. Elternteilen mit Sorgeberechtigung waren gut 42% geschieden und fast 40% ledig. 22 Adoptivkinder kamen aus Familien, wo die Eltern verheiratet waren. Bei 15 adoptierten Kindern war ein Elternteil verwitwet oder beide Elternteile waren verstorben. In 28 Fällen war der Familienstand unbekannt. Hierbei handelte es sich fast ausschließlich um adoptierte nicht deutsche Minderjährige. he

Krankenhauskosten gestiegen

In den 104 allgemeinen Krankenhäusern mit ihren gut 25 000 Betten wurden im Jahr 2000 annähernd 790 000 Patientinnen und Patienten stationär versorgt. Um ihr Wohl sorgten sich mehr als 45 000 Personen, unter ihnen gut 5 400 Ärztinnen und Ärzte. Insgesamt wurden mehr als 7,1 Mill. Pflegetage erbracht. Von der Aufnahme bis zur Entlassung verbrachten die Patientinnen und Patienten im Durchschnitt rund neun Tage in den Einrichtungen, die damit eine Bettenauslastung von 77% erreichten.

In den Einrichtungen fielen dabei Gesamtkosten in Höhe von gut 4,5 Mrd. DM an, wobei die Investitionskosten, die zum größten Teil von der öffentlichen Hand getragen werden, in diesem Betrag nicht enthalten sind. Die größte Ausgabenposition bildeten mit rund 3 Mrd. DM die Personalkosten, wobei hiervon fast 1,2 Mrd. DM auf den Pflegedienst, fast 0,7 Mrd. DM auf den ärztlichen Dienst und gut 0,3 Mrd. DM auf den medizinisch-technischen Dienst entfielen. Die Sachkosten schlugen mit rund 1,5 Mrd. DM zu Buche und machten damit etwa ein Drittel der Gesamtkosten aus.

Bereinigt man die Gesamtkosten (4,5 Mrd. DM) um die Kosten der Ausbildungsstätten (33 Mill. DM), die Kosten für vor- und nachstationäre Behandlungsleistungen (9 Mill. DM), für ärztliche Wahlleistungen (64 Mill. DM) und sonstige nicht durch stationäre Pflegeleistungen induzierte Kostengruppen (39 Mill. DM), so erhält man für das Jahr 2000 bereinigte Kosten in Höhe von 4,4 Mrd. DM. Diese lassen sich auf die im Jahresverlauf erbrachten Pflegetage und die vollstationär versorgten Patientinnen und Patienten beziehen. Im vergangenen Jahr wurden demnach je stationär versorgtem Behandlungsfall im Durchschnitt rund 5 600 DM an pflegesatzfähigen Kosten aufgewendet. Je Pflegetag fielen Kosten in Höhe von rund 620 DM an. Gegenüber dem Vorjahr stiegen damit die Kosten je Patient/-in um knapp 2% und die Kosten je Pflegetag um rund 5%. re

Woher bekommen die Rheinland-Pfälzer ihren Strom?

– 50 Jahre öffentliche Stromwirtschaft in Rheinland-Pfalz –

Vor einigen Monaten sorgte ein spektakulärer Stromausfall in Kalifornien für Schlagzeilen in den Medien. Anschließend fragten viele besorgte Bürgerinnen und Bürger, ob eine solche Situation auch hier zu Lande eintreten könnte. Ergänzend kamen die Diskussionen um die Umsetzung von Zielen in der Energie- und Umweltpolitik hinzu. Stichworte waren Liberalisierung des Strommarktes, Castortransporte, Klimakatastrophe und Globalisierung. Ohne auf Details eingehen zu wollen, wird immer deutlicher, dass die Zukunft unserer Wirtschaft und Gesellschaft in hohem Maße von einer gesicherten und preiswerten Energieversorgung abhängt. Die Wege dazu sind eine rationelle Energienutzung, ein ausgewogener Energiemix, die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien, die Entwicklung neuer Techniken, die sicher und bezahlbar sein müssen, und schließlich der Einsatz von neuen Umwelttechniken.

Die amtliche Statistik leistet zu dieser Thematik ihren Beitrag, indem sie Grundinformationen über die öffentliche Elektrizitätswirtschaft erhebt, aufbereitet und veröffentlicht. So bildet das Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe die Basis für die amtliche Datenerhebung im Bereich der Energie- und Wasserversorgung. Die einzelnen statistischen Erhebungen liefern monatliche und jährliche Informationen über die Kraftwerkskapazitäten, den Austausch von Strom über die

Landesgrenzen sowie den Stromabsatz an Endverbraucher und die dabei erzielten Erlöse. Der Berichtskreis der Statistiken erstreckt sich auf alle Unternehmen und Betriebe, die entsprechend ihrem wirtschaftlichen Schwerpunkt Elektrizität gewinnen, umwandeln und/oder verteilen und damit nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige (Ausgabe 1993) der Abteilung 40 „Energieversorgung“ zugeordnet sind. Ergänzend hierzu werden die Stromeinspeisemengen in das öffentliche Netz aus den Eigenanlagen des verarbeitenden Gewerbes einbezogen. In den Kraftwerken der Industrieunternehmen wird Strom erzeugt, der ganz oder teilweise den Strombedarf der Unternehmen deckt. Der überschüssige Strom wird in das Netz der öffentlichen Versorgung eingespeist. Außerdem geben noch eine Vielzahl von kleineren Wasserkraftwerken und andere dezentrale Stromerzeugungsanlagen Strom an das öffentliche Netz ab, die selbst im Rahmen der amtlichen Statistiken nicht berichtspflichtig sind.

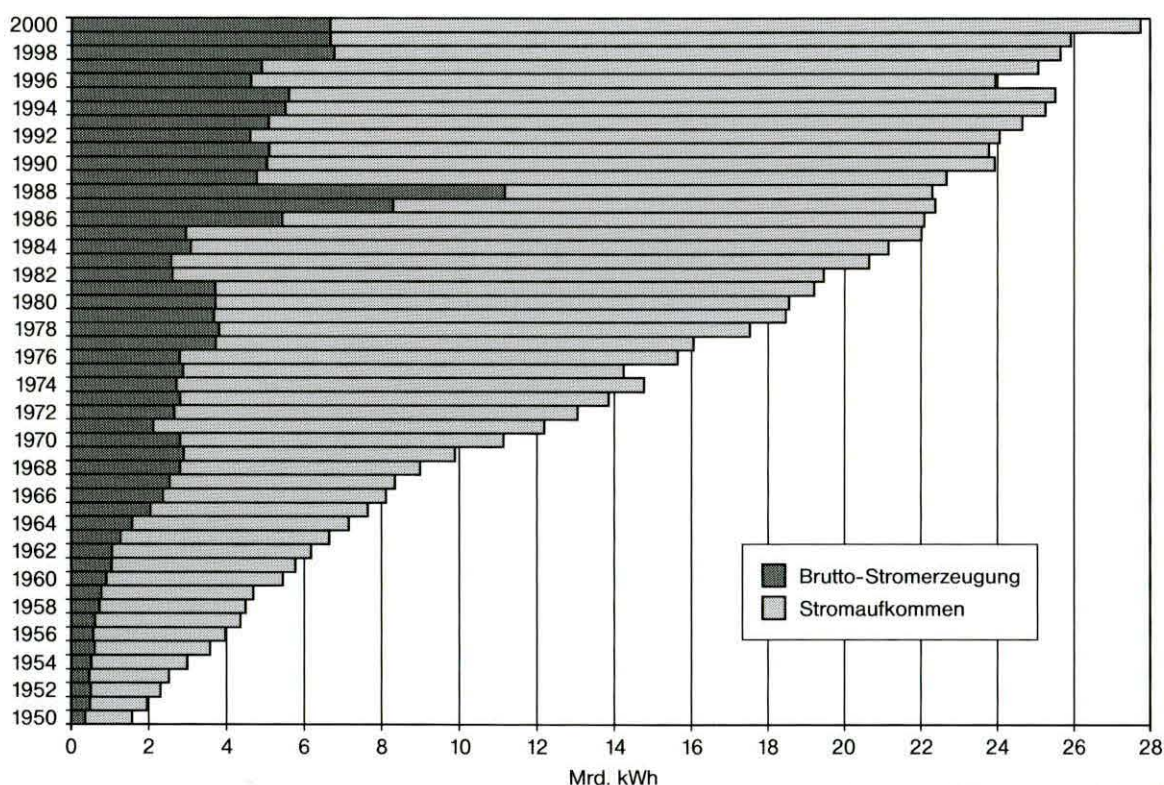
Die Unternehmen der so genannten „öffentlichen“ Elektrizitätsversorgung haben die Aufgabe, eine jederzeit gesicherte Stromversorgung zu gewährleisten. Sie müssen deshalb auch für Situationen ausreichende Reservekapazitäten vorhalten, in denen eine hohe Nachfrage der privaten Haushalte, z. B. infolge eines winterlichen Kälteeinbruchs, auf einen gleichzeitig hohen

Stromaufkommen 1950-2000

Jahr	Stromauf- kommen ¹⁾	Brutto- Stromerzeugung			Eigen- ver- brauch ³⁾	Netto- Stromerzeugung		Stromaustausch über die Landesgrenze				Einspeisung ⁴⁾	
		ins- gesamt	Wasser- ²⁾	Wärme-		insge- samt	Anteil am Strom- auf- kommen	Strom- bezug	Strom- abgabe	Saldo	Anteil am Strom- auf- kommen	ins- gesamt	Anteil am Strom- auf- kommen
			kraftwerke										
	Mill. kWh						%		Mill. kWh		%		Mill. kWh
1950	1 571	369	50	319	18	351	22,3	2 121	941	1 180	75,1	40	2,5
1955	3 584	606	107	499	31	575	16,0	3 398	402	2 996	83,6	13	0,4
1960	5 455	912	143	769	77	835	15,3	5 138	539	4 599	84,3	21	0,4
1965	7 644	2 045	767	1 277	132	1 913	25,0	8 550	2 857	5 693	74,5	38	0,5
1970	11 138	2 800	984	1 816	172	2 628	23,6	12 473	3 979	8 494	76,3	16	0,1
1975	14 240	2 879	874	2 005	192	2 687	18,9	18 532	6 980	11 552	81,1	1	0,0
1980	18 541	3 721	1 065	2 656	217	3 504	18,9	25 477	10 443	15 034	81,1	3	0,0
1985	22 006	2 948	939	2 009	202	2 746	12,5	29 045	9 787	19 258	87,5	2	0,0
1990	23 928	5 057	872	4 185	345	4 712	19,7	29 808	10 592	19 216	80,3	0	0,0
1995	25 512	5 595	1 041	4 554	372	5 223	20,5	39 103	18 905	20 198	79,2	91	0,4
2000	27 753	6 656	1 205	5 451	212	6 445	23,2	37 309	16 429	20 880	75,2	428	1,5

1) Stromaufkommen = Brutto-Stromerzeugung – Eigenverbrauch der Kraftwerke + Saldo des Stromtausches über die Landesgrenze + Einspeisung. Das Stromaufkommen beinhaltet die Netzverluste und Messdifferenzen. – 2) Einschließlich Wind- und sonstige Kraftwerke mit Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien der Elektrizitätsversorgungsunternehmen. – 3) Eigenverbrauch der Kraftwerke einschließlich Pumpstromverbrauch. – 4) Aus industriellen Eigenanlagen. Ab 1995 einschließlich Bezug von Betreibern von Anlagen mit erneuerbaren Energien und sonstige Einspeisung.

Stromaufkommen und Brutto-Stromerzeugung 1950-2000



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Strombedarf der Industrie trifft. Darüber hinaus kann es zu gravierenden unvorhergesehenen Kraftwerksausfällen kommen oder der westeuropäische Stromverbund ist nicht lieferfähig.

Der gesamtwirtschaftliche Schaden eines Strommangels mit der Folge von Stromabschaltungen – wie in Kalifornien geschehen – wäre bei weitem höher als die Kosten einer Leistungsvorhaltung, die sich an der Obergrenze der möglichen Entwicklung orientiert.

Elektrizität deckt etwa ein Fünftel des Energieverbrauchs

Strom ist ein hochwertiger Sekundärenergieträger, der sich durch eine vielseitige Verwendungsfähigkeit auszeichnet. Er kann universell für Licht-, Kraft-, Kühl- und Heizzwecke sowie darüber hinaus für spezielle Produktionszwecke, zum Beispiel in der Metallherzeugung und bei der Herstellung von chemischen Grundstoffen, eingesetzt werden. Während in vielen Anwendungsbereichen – wie Licht, Aluminiumherstellung oder Elektrolyse – eine Substitution durch andere Energieträger praktisch nicht möglich ist, ist ein stärkerer Einsatz von Strom für die Raumwärme und die Warmwasserbereitung möglich, aber nicht unumstritten.

1998 betrug der Anteil des Stroms am Endenergieverbrauch in Rheinland-Pfalz rund 18%. Die Bedeutung des Stroms ist – gemessen im Vergleich mit den anderen Energiequellen – seit 1970 um 3,4 Prozentpunkte gestiegen. Damit rangierte der Sekundärenergieträger

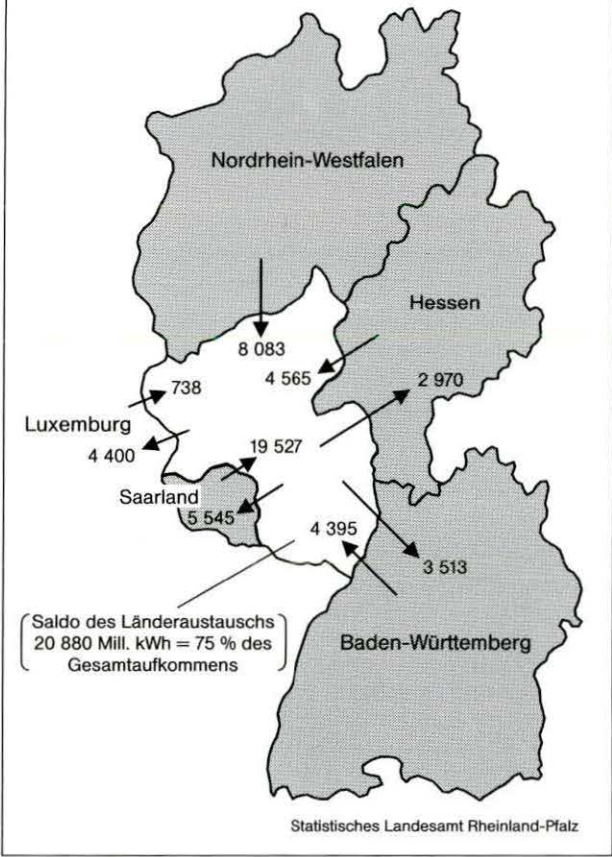
Elektrizität 1998 an dritter Stelle hinter Mineralöl (43%) und Gas (31%). Um diese Anteile, wie sie die neueste Energiebilanz liefert, vergleichen zu können, müssen die Daten jeweils auf eine einheitliche Maßeinheit umgerechnet werden. Dabei werden die spezifischen Mengeneinheiten der einzelnen Energieträger (Wattstunden, Tonnen, Kubikmeter) auf den Heizwert einer Tonne Steinkohle (t SKE) bezogen.

75% des Stroms kommen über die Landesgrenze

Im Jahr 2000 standen den Verbrauchern in Rheinland-Pfalz 27 753 Mill. kWh Elektroenergie aus dem öffentlichen Versorgungsnetz zur Verfügung, wobei die Bereitstellung zu über 75% durch den Stromaustausch mit den anderen Bundesländern bzw. mit dem Ausland abgesichert wurde. Nach Bereinigung der Im- und Exporte verblieben per Saldo 20 880 Mill. kWh Strom im Land. Rund 23% bzw. 6 445 Mill. kWh wurden aus Kraftwerken gedeckt, die von den öffentlichen Elektrizitätsunternehmen in Rheinland-Pfalz betrieben werden. Der Rest von 428 Mill. kWh, der einem Anteil von 1,5% entspricht, wurde vornehmlich von Industriebetrieben und privaten Betreibern von regenerativen Anlagen in das öffentliche Netz eingespeist.

Obwohl die Gesamtleistung der im Land gelegenen Kraftwerke erheblich hinter dem Strombedarf zurückbleibt, ist die Versorgung durch das Verbundsystem gesichert. Das Verbundsystem erlaubt es, die Stromerzeugung schwerpunktmäßig dort zu betreiben, wo die Standortbedingungen am günstigsten sind. Für die

Stromtausch über die Landesgrenze 2000
nach Bundesländern (in Mill. kWh)



Wärme­kraftwerke auf Stein- oder Braunkohlebasis bieten sich in Deutschland die jeweiligen Standorte der Kohleförderung an, während mit Kernenergie betriebene Anlagen aufgrund des hohen Kühlwasserbedarfs gute Voraussetzungen in der Nähe großer Flussläufe finden. Darüber hinaus stehen die deutschen Versorgungsunternehmen in einem ständigen Austausch mit anderen europäischen Ländern. Zweck ist eine möglichst wirtschaftliche Nutzung der Kraftwerke und Primärenergievorkommen, ferner die gegenseitige Hilfeleistung bei eingeplanten und unvorhergesehenen Abschaltungen und Ausfällen sowie bei Versorgungsengpässen in Spitzenzeiten. Eine besondere Rolle spielt der Stromtausch zwischen Deutschland und den Alpenländern. Die Energie der Wasserspeicher in den Alpen steht der Bundesrepublik in Spitzenverbrauchszeiten zur Verfügung, während Strom aus den deutschen Wärme­kraftwerken die Versorgung der Alpenländer abzusichern hilft.

Auf dem Weg ins rheinland-pfälzische Versorgungsgebiet wird der Strom überwiegend durch 220-kV- und 380-kV-Stromkreise geleitet. Im Jahr 2000 flossen nach Angaben der Netzbetreiber 52% des gesamten importierten Stroms von 37 309 Mill. kWh über die Leitungen aus dem Saarland. 22% der Elektrizität kamen aus Nordrhein-Westfalen, 12% aus Hessen, knapp 12% aus Baden-Württemberg und 2% aus Luxemburg. Gleichzeitig wurden 16 429 Mill. kWh wieder exportiert. Davon entfielen auf das Saarland 34%, auf Luxemburg 27%, auf Baden-Württemberg 21% und auf Hessen 18%. Unterm Strich standen den rheinland-pfälzischen Verbrauchern über den Länderaustausch 20 880 Mill. kWh Strom zur Verfügung.

Netto-Stromerzeugung der öffentlichen Kraftwerke 1950-2000 nach Energieträgern

Jahr	Netto-Strom- erzeugung ¹⁾	Davon nach Energieträgern										
		Kern- energie	Stein- kohle ²⁾	Wasser- kraft	Erdgas	Photo- voltaik	Wind- kraft	Diesel, Raffinerie- gas	Klärgas	feste Bio- masse	Abfall ³⁾	Heizöl
1000 kWh												
1950	369 387	-	318 949	50 438	-	-	-	-	-	-	-	-
1955	605 937	-	499 029	106 908	-	-	-	-	-	-	-	-
1960	912 197	-	769 264	142 933	-	-	-	-	-	-	-	-
1965	2 044 602	-	1 277 442	767 160	-	-	-	-	-	-	-	-
1970	2 799 508	-	1 816 002	983 506	-	-	-	-	-	-	-	-
1975	2 878 811	-	2 004 420	874 391	-	-	-	-	-	-	-	-
1980	3 720 546	-	1 526 368	1 065 173	1 025 481	-	-	-	-	-	10 911	92 613
1985	2 745 936	-	1 468 428	926 068	311 680	-	-	-	-	-	13 356	26 404
1990	4 712 676	-	1 419 686	858 233	2 297 827	-	-	-	-	-	41 997	94 933
1995	5 222 392	-	1 430 049	1 025 098	2 649 571	186	385	721	14 745	-	93 374	8 263
2000	6 444 498	-	365 143	1 190 311	4 720 999	373	2 522	266	2 324	-	160 673	1 887
Anteil der Energieträger an der Netto-Stromerzeugung in %												
1950	100	-	86,3	13,7	-	-	-	-	-	-	-	-
1955	100	-	82,4	17,6	-	-	-	-	-	-	-	-
1960	100	-	84,3	15,7	-	-	-	-	-	-	-	-
1965	100	-	62,5	37,5	-	-	-	-	-	-	-	-
1970	100	-	64,9	35,1	-	-	-	-	-	-	-	-
1975	100	-	69,6	30,4	-	-	-	-	-	-	-	-
1980	100	-	41,0	28,6	27,6	-	-	-	-	-	0,3	2,5
1985	100	-	53,5	33,7	11,4	-	-	-	-	-	0,5	1,0
1990	100	-	30,1	18,2	48,8	-	-	-	-	-	0,9	2,0
1995	100	-	27,4	19,6	50,7	0,0	0,0	0,0	0,3	-	1,8	0,2
2000	100	-	5,7	18,5	73,3	0,0	0,0	0,0	0,0	-	2,5	0,0

1) Bis 1984 Brutto-Stromerzeugung. – 2) Bis 1975 Wärme­kraft insgesamt. – 3) Bis 1991 einschl. Diesel, Klär- und Raffineriegas.

Erdgas bedeutendster Energieträger für die Stromgewinnung in Rheinland-Pfalz

Im Jahr 2000 wurden netto, d.h. nach Abzug des Kraftwerkeigenverbrauchs und des Pumpstromverbrauchs, in Rheinland-Pfalz 6 445 Mill. kWh Strom von den öffentlichen Kraftwerken erzeugt. Die Stromgewinnung erfolgte zu 73,3% auf der Grundlage von Erdgas; 18,5% wurden durch Wasserkraft, 5,7% durch Steinkohle, 2,5% durch Müllverbrennung und weniger als 0,1% durch Windkraft, Klärgas, Heizöl, Photovoltaik, Diesel und Raffineriegas gewonnen. Gegenüber dem Vorjahr hat die gesamte Nettoerzeugung lediglich um 0,9% zugenommen. Ursächlich hierfür war eine Kraftwerksstilllegung, die sich außerdem in einem deutlichen Rückgang um 57% bei der Verwendung von Steinkohle als Energieträger ausdrückte. Deren Anteilswert hatte 1999 noch bei rund 13% gelegen. Die um 29 bzw. 5,5% höhere Stromproduktion durch Wasserkraft und Erdgas konnte diese Verringerung nicht in vollem Umfang ausgleichen, zumal ein neu errichtetes, mit Erdgas betriebenes Kraftwerk nur im Probetrieb lief. Seit 1950 war die Stromerzeugung lediglich in den Probelaufzeiten des einzigen rheinland-pfälzischen Kernkraftwerks in Mülheim-Kärlich in den Jahren 1987 und 1988 mit Spitzenwerten von 7,7 und 10,4 Mrd. kWh höher gewesen als zwischen 1998 und 2000. Die Stromproduktion von 1988 hätte ausgereicht, um 47% des Gesamtaufkommens im Land abzudecken.

Stromeinspeisung gewinnt zunehmend an Bedeutung

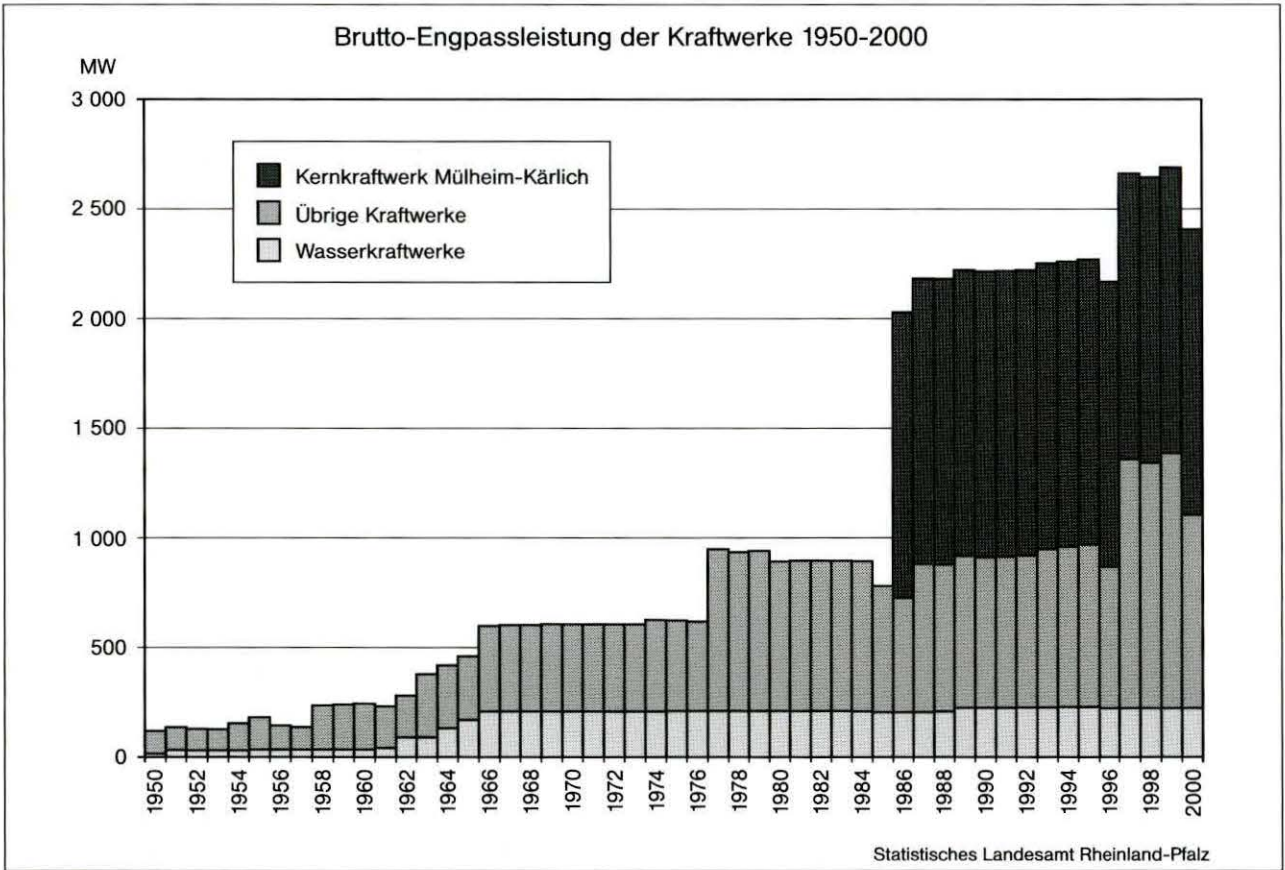
Obwohl der Anteil der Stromeinspeisung aus Industriekraftwerken, von privaten Betreibern regenerativer Anlagen und von Blockheizkraftwerken noch immer re-

lativ unbedeutend ist, war deren Entwicklung in den letzten neun Jahren recht beachtlich. So wurden im Jahr 2000 gut 1,5% des Stromaufkommens aus diesen Quellen gedeckt. Nur im Jahr 1950 lag die Rate mit 2,5% noch höher. Diese Zahl sollte jedoch nicht überbewertet werden, da gerade zu dieser Zeit die statistischen Grundinformationen noch sehr unzureichend waren. Wesentliche Bedeutung erlangte die Stromeinspeisung erst ab dem Jahr 1992. Seitdem stiegen die Anteilswerte permanent an.

Starker Anstieg der Kraftwerksleistung seit den 60er-Jahren

Ein Maßstab für die Kapazität der Stromerzeugungsanlagen ist die Engpassleistung. Darunter versteht man die durch den leistungsschwächsten Anlagenteil begrenzte höchste Dauerleistung, die unter normalen Bedingungen – z. B. für Kühlwasser, Brennstoff und Lufttemperatur – im Kraftwerk ausfahrbar ist. Die Engpassleistung wird in Megawatt (1 MW = 1000 kW) gemessen.

In Rheinland-Pfalz lassen sich im Untersuchungszeitraum verschiedene Entwicklungsstadien gegeneinander abgrenzen, da sich die Engpassleistung der Kraftwerke im Gegensatz zu dem ziemlich kontinuierlich ansteigenden Stromverbrauch sprunghaft veränderte. Zwischen 1965 und 2000 vervielfachte sich die Engpassleistung der öffentlichen Kraftwerke. Im Jahr 1977 erhöhte sich die bis dahin relativ konstante Brutto-Engpassleistung gegenüber dem Vorjahr um rund 54% auf 949 MW. Dieser Zuwachs war allein auf den Ausbau der Wärmekraftwerke zurückzuführen, während die Wasserkraftwerke unverändert bei 209 MW verharrten.



Technische Daten der Kraftwerke der Stromversorgungsunternehmen 1950-2000

Jahr ¹⁾	Brutto-Strom- erzeugung	Engpassleistung		Verfügbare Leistung		Höchstlast		Ausnutzungsdauer im Jahr ²⁾	
		brutto	netto	brutto	netto	brutto	netto	alle Kraftwerke	konventionelle Kraftwerke ³⁾
	Mill. kWh	MW = 1 000 KW						Stunden	
1950	369	120	-	-	-	-	-	3 075	3 075
1955	606	181	-	-	-	-	-	3 348	3 348
1960	912	244	-	-	-	-	-	3 739	3 739
1965	2 045	459	-	-	-	-	-	4 454	4 454
1970	2 800	607	-	-	-	-	-	4 613	4 613
1975	2 879	623	-	-	-	-	-	4 621	4 621
1980	3 721	891	-	-	-	-	-	4 178	4 178
1985	2 948	780	745	675	643	583	548	3 706	3 706
1990	5 057	2 214	2 089	-	-	-	-	2 128	5 545
1995	5 595	2 271	2 140	828	785	803	758	2 465	5 774
2000	6 656	2 407	2 299	834	809	808	774	2 765	6 024

1) Ende Dezember eines Jahres. – 2) Brutto-Stromerzeugung dividiert durch Brutto-Engpassleistung. – 3) Ohne Berücksichtigung des Kernkraftwerks Mülheim-Kärlich (1 302 MW).

Mit der Fertigstellung des Kernkraftwerks Mülheim-Kärlich kam es 1986 fast zu einer Verdreifachung der installierten Kraftwerksleistung gegenüber 1985 auf 2 028 MW. Obwohl das Kernkraftwerk nach nur 13 Monaten Betrieb – also ohne die zwischenzeitlichen Unterbrechungen – seit dem 9. September 1988 wieder bzw. zwischenzeitlich auf Dauer abgeschaltet ist, werden bei der Bestimmung der Engpassleistung die Leistungen zeitweilig oder überhaupt nicht einsatzfähiger Anlagen bzw. Anlagenteile bis zu deren Demontage mitgezählt. Ende 2000 belief sich die Brutto-Leistung aller Kraftwerke auf 2 407 MW. Zieht man die Leistung ab, die die Kraftwerke für ihren Betrieb selbst benötigen, ergibt sich eine Netto-Leistung von 2 299 MW. Ein Teil dieser insgesamt vorhandenen Nominalleistung steht aber nicht ständig zur Deckung des Strombedarfs zur Verfügung. Gründe sind bei den Wärmekraftwerken in der Auskopplung von Fernwärme im Winter mit der Folge einer geringeren Stromausbeute und bei Wasserkraftwerken in dem im Winter häufig zu erwartenden niedrigen Wasserstand zu suchen. Daneben beeinflussen noch im Probebetrieb befindliche oder anderweitig ungesicherte Kraftwerksleistung sowie planmäßige Revisionen die Stromerzeugung.

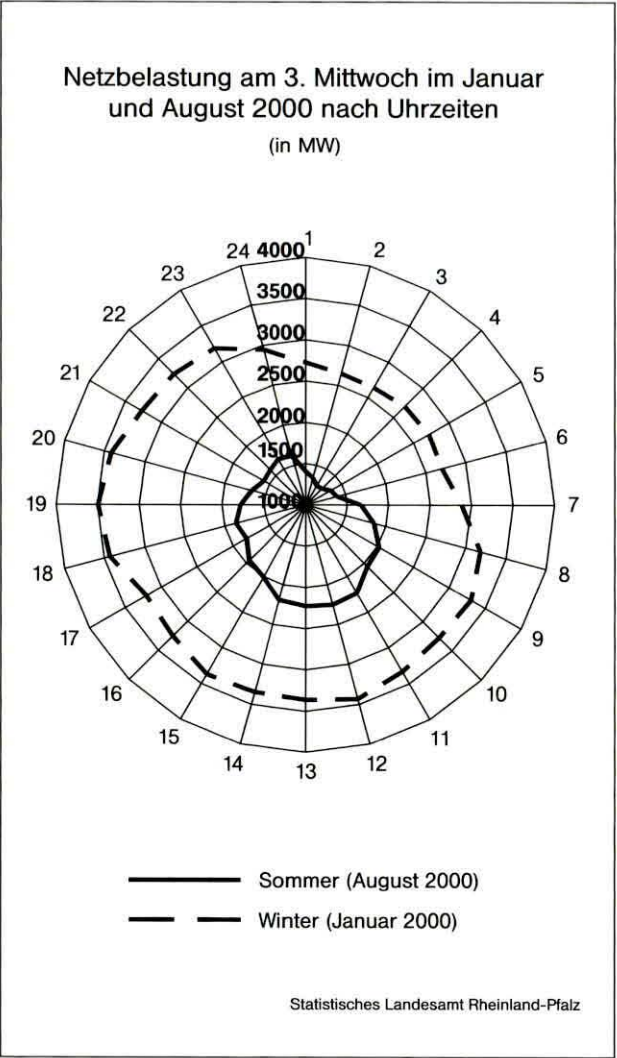
Zum Jahresende 2000 entfielen – nach dem Schwerpunkt des Kraftwerkes – 91% oder 2 184 MW der installierten öffentlichen Kraftwerksleistung auf Wärmekraftwerke. Darin enthalten sind, wie bereits erwähnt, die Daten des Kernkraftwerks Mülheim-Kärlich in Höhe von 1 302 MW. Ohne dessen Berücksichtigung sind die fossilbefeuerten Wärmekraftwerke heute zusammen mit den Laufwasserkraftwerken die tragende Basis der Stromerzeugung in Rheinland-Pfalz. Sie arbeiten vorwiegend auf Erdgas- und in geringerem Umfang noch auf Steinkohle- und Müllbasis. Die anderen Energieträger wie Heizöl, Diesel oder Erdölgas spielen kaum eine Rolle. Sie sind aber im Rahmen des Lastenausgleichs, der Regionalversorgung oder im Rahmen der Kraft-Wärme-Kopplung von Bedeutung. Insgesamt betrug die Engpassleistung der fossilbefeuerten Wärmekraftwerke, also ohne das Kernkraftwerk Mülheim-Kärlich, 882 MW bzw. 37% der Gesamtkapazität.

Wasserkraft wichtigster erneuerbarer Energieträger

Unter den regenerativen Energien dominierte die Wasserkraft. Rund 9% bzw. 223 MW der installierten Kraftwerksleistung entfielen auf diese Kraftwerke. Der Anteil der gewonnenen Elektrizität aus Wasserkraft gemessen am gesamten Stromaufkommen lag für das Jahr 2000 in Rheinland-Pfalz bei 4,3%. Bezogen auf die Erzeugung entsprach dies einem Anteil von 18,5%. Die aus Wasserkraft erzeugte Strommenge betrug im Jahr 2000 über 1 190 Mill. kWh. Das entspricht dem durchschnittlichen Strombedarf von rund 397 000 Haushalten, wenn man unterstellt, dass ein Durchschnittshaushalt etwa 3 000 kWh Strom pro Jahr verbraucht. In den vergangenen 50 Jahren erhöhte sich die Kapazität dieser Kraftwerksart von 16 MW im Jahr 1950 um 207 MW und liegt nunmehr bei 223 MW (ohne Kleinstanlagen). Die Wasserkraftwerke wurden lange massiv ausgebaut. Der Ausbau und die Inbetriebnahme der Laufwasserkraftwerke in den 50er- und 60er-Jahren führten zu einer deutlichen Erhöhung der Stromabgabe der Kraftwerke. Die Standorte der Laufwasseranlagen befinden sich an den Flussläufen von Mosel, Saar, Lahn und Nahe. Daneben gibt es noch kleinere Anlagen an verschiedenen Zuläufen dieser Flüsse. Wasserkraftenergie hilft mit, den Grundbedarf an elektrischem Strom zu decken. Sie ist sicherlich eine der umweltfreundlichsten Energien. Wasserkraftanlagen sind sehr robust und haben wegen der niedrigen Drehzahlen und Temperaturen ihrer Maschinen eine längere Lebensdauer als thermische Kraftwerke. Allerdings verlor die ehemals so wertvolle Wasserkraft durch den Einsatz von Wetter und Jahreszeit unabhängiger fossiler Brennstoffe – insbesondere bei den Kleinstanlagen der privaten Betreiber – rapide an Wert. Die Anlagen konnten nicht mehr unterhalten werden und verfielen. Erst seit den beiden Ölpreiskrisen und den stärker ins Bewusstsein drängenden ökologischen Problemen bahnt sich eine Renaissance dieser alten regenerativen Energiequelle an. Dem weiteren Ausbau stehen die naturgemäß begrenzten wirtschaftlichen Möglichkeiten der Wasserkraft entgegen.

Trotz der mehr als hundertjährigen Entwicklungsgeschichte der Kraftwerkstechnik ist die Nutzung der übrigen regenerativen Energien zur Stromerzeugung aus

einer ideellen Außenseiterrolle bisher nicht herausgewachsen. Mit einem steigenden Umweltbewusstsein und beflügelt von den Ölpreiskrisen wurde insbesondere der Windkraft und der Photovoltaik in den letzten Jahren verstärkte Aufmerksamkeit geschenkt. Zahlreiche Versuchs- und Demonstrationsanlagen entstanden, um die Systemtechnologie zu verbessern und die einzelnen Komponenten zu testen. Gleichzeitig wurden von den Herstellern die Wirkungsgrade der Energieumwandlungsprozesse sowie die Fertigungsverfahren optimiert. Obwohl deutliche Verbesserungen erkennbar sind, liegen die derzeitigen Kosten für die Stromgewinnung solcher Anlagen mehr oder weniger deutlich über denen konventioneller Kraftwerke. Für Anlagen zur Nutzung der Windenergie werden allerdings Kosten bestätigt, die nur geringfügig über denen konventioneller Kraftwerke liegen. Eine technisch und wirtschaftlich sinnvolle Nutzung der Windenergie zur Erzeugung elektrischer Energie setzt grundsätzlich mittlere Windgeschwindigkeiten von mindestens vier Metern pro Sekunde voraus. Anders als in Küstenländern sind in Rheinland-Pfalz diese Voraussetzungen nur an bestimmten Standorten gegeben. Es ist deshalb davon auszugehen, dass die Windenergie in Rheinland-Pfalz im Rahmen der öffentlichen Versorgung mittelfristig eher einen geringen Beitrag zur Deckung des notwendigen Energiebedarfs leisten kann.



Leistungsbedarf unterliegt jahreszeitlichen Schwankungen

Im Rahmen der amtlichen Statistiken werden seit vielen Jahren regelmäßig Belastungswerte für das öffentliche Netz ermittelt. Jeweils für den dritten Mittwoch eines Monats melden die Energieversorgungsunternehmen für ihre Kraftwerke und für alle Übergabestellen ihrer Netze die stündlichen Lastwerte.

Die Netzbelastung für ein Bundesland errechnet sich dann wie folgt:

- Leistungswert der Kraftwerke für die öffentliche Versorgung
 - + Netzeinspeisung aus den Kraftwerken der Industrie usw.
 - Lieferungen an andere Bundesländer und das Ausland
 - + Bezug aus anderen Bundesländern und dem Ausland
 - Belastung durch Speicherpumpen
-
- = Netzbelastung

Bekanntlich lässt sich der elektrische Strom nicht in großen Mengen wirtschaftlich speichern. Deshalb muss das Versorgungsnetz zu jedem Zeitpunkt die Leistung bereithalten, die von den Abnehmern durch Einschaltung der unterschiedlichsten Geräte verlangt wird. Mit den tages- und jahreszeitlichen Gewohnheiten und Erfordernissen der Abnehmer wechselt die Netzbelastung. In den Sommermonaten wird der Licht- und Wärmebedarf der Verbraucher im Wesentlichen aus dem Überfluss an Sonnenstrahlung gedeckt. So liegt zu dieser Jahreszeit die höchste Belastung werktags gewöhnlich in den späten Vormittagsstunden. An kürzeren Wintertagen dagegen treten durch den höheren Lichtbedarf die Morgen- und Abendspitzen ausgeprägter hervor. Auch verstärkt der erhöhte Wärmebedarf zu dieser Jahreszeit merklich die gesamte Netzbelastung. Die Kenntnis des Belastungsdiagramms ist daher für die Stromwirtschaft von großer Bedeutung.

Zur Darstellung eines „klassischen“ Wintermonats wurde der Monat ausgesucht, der unter allen Monaten am dritten Mittwoch den höchsten stündlichen Tageswert aufwies. Für den Sommer erfolgte dagegen die Auswahl des Monats, der unter allen Monaten den niedrigsten Tageshöchstwert hatte. Dieser Höchstwert trat in der Vergangenheit üblicherweise in den Urlaubsmonaten Juni, Juli oder August auf. Da diese Angaben über Jahre hinweg jeweils für den dritten Mittwoch eines Monats aufgezeichnet wurden, kann die Entwicklung der Netzbelastung ausreichend beurteilt werden. Es ist allerdings nicht auszuschließen, dass an anderen, besonders an kälteren Tagen eines Monats tatsächlich höhere Lastwerte auftraten. Betrachtet man die Entwicklung der Netzbelastung, so ist von 1980 bis 2000 für die Winterwerte eine Zunahme um 20% und für die Sommerwerte einen Anstieg von nahezu 8% zu beobachten.

Die Höchstlastwerte der Netzbelastung beschränken sich auf relativ kurze Zeitspannen des Tages. So trat der Winterhöchstwert des Jahres 2000 von 3 493 MW am dritten Mittwoch im Januar um 19.00 Uhr auf. Alle ande-

Brutto-Engpassleistung der öffentlichen Kraftwerke und Höchstwerte der Netzbelastung 1980-2000

Jahr	Brutto-Engpassleistung im Dezember		Höchstwerte der Netzbelastung					
			Winter			Sommer		
	alle Kraftwerke	darunter konventionelle Kraftwerke ¹⁾	Höchstwert	Veränderung gegenüber dem vorhergehenden Vergleichsjahr	Abweichung Höchstwert zu Brutto-Engpassleistung der konventionellen Kraftwerke	Höchstwert	Veränderung gegenüber dem vorhergehenden Vergleichsjahr	Abweichung Höchstwert zu Brutto-Engpassleistung der konventionellen Kraftwerke
	MW = 1 000 kW				%	MW = 1 000 kW		
1980	891	891	2 917	-	227,4	2 094	-	135,0
1985	780	780	3 022	3,6	287,4	2 260	7,9	189,7
1990	2 214	912	3 318	9,8	263,8	2 719	20,3	198,1
1995	2 271	969	3 089	-6,9	218,8	2 247	-17,4	153,7
2000	2 407	1 105	3 493	13,1	216,1	2 253	-8,3	103,9

1) Ohne Kernkraftwerk Mülheim-Kärlich (Leistung: 1 302 MW).

ren Lastwerte an diesem Tag lagen darunter. Der niedrigste Wert wurde mit 2 640 MW um 3.00 Uhr früh registriert. Typischerweise zeigen die Tagesganglinien nachts ein Tal, das im Sommer ausgeprägter ist als im Winter. In diesen Nachtstunden belasten im Allgemeinen nur kontinuierliche Produktionsprozesse, Straßenbeleuchtung, Gefriertruhen, Kühlschränke usw. das Netz. Im Winter kommen die elektrischen Nachtspeicherheizungen und Regelgeräte anderer Heizungsanlagen hinzu. Der Ausbau dieser Heizungssysteme lässt sich deutlich an dem gewachsenen Unterschied zwischen den Werten der Nachtstunden im Sommer und im Winter erkennen.

Die Tagesganglinie vom Januar 2000 zeigt von 6.00 Uhr bis 9.00 Uhr einen starken Anstieg. Zu dieser Zeit werden in den Haushalten nach dem Aufstehen die verschiedensten elektrischen Verbraucher eingeschaltet und in den Büros und Fabriken beginnt die Arbeit. Üblicherweise bleibt die Netzbelastung den ganzen Vormittag über auf einem hohen Niveau und erst zu Mittag, wenn in vielen Haushalten elektrisch gekocht wird, tritt die Lastspitze auf. Nachmittags nimmt die Netzbelastung allmählich ab, wobei in den frühen Abendstunden nochmals ein leichter Anstieg erfolgt, der durch die

Feierabendaktivitäten hervorgerufen wird. Nach 23.00 Uhr fällt die Netzbelastung normalerweise in das Nachtal ab. Im Vergleich zu früheren Jahren ist die Tageslastkurve zur Zeit der Spitzenlast heute ausgeglichener. Das bedeutet, dass die Kraftwerke gleichmäßiger und damit kostengünstiger arbeiten können.

Auslastung der öffentlichen Kraftwerke seit 1990 gestiegen

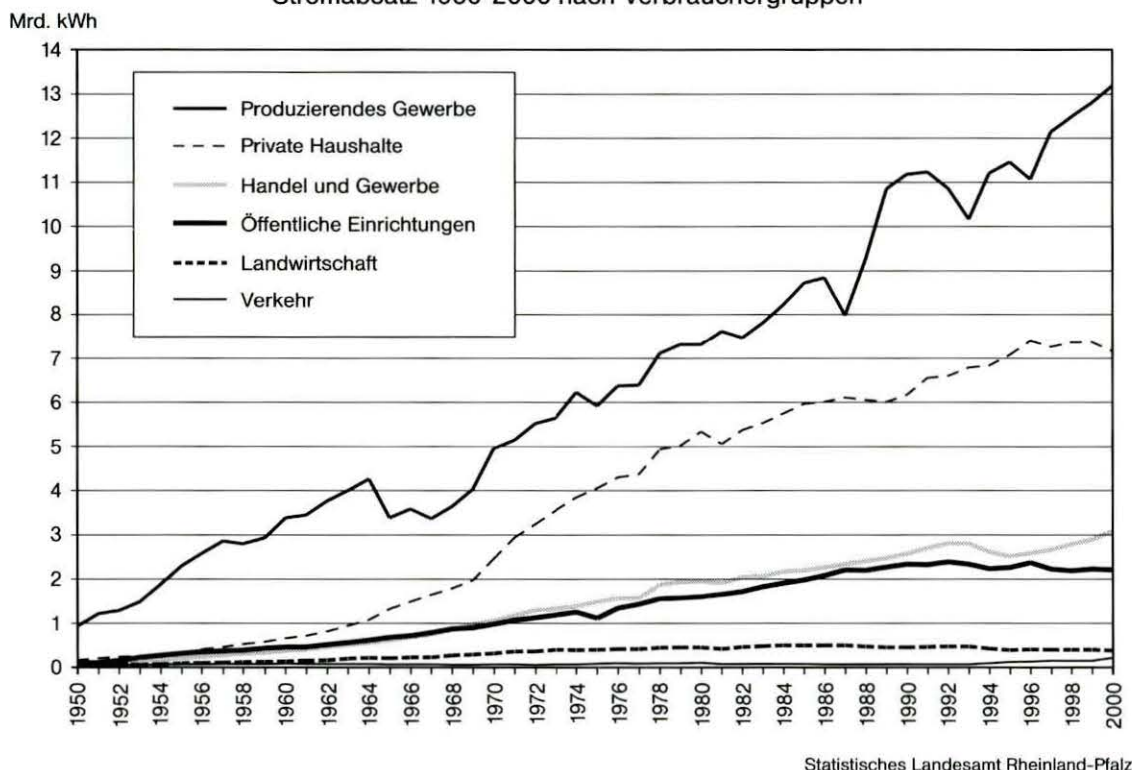
Vergleicht man die Höchstlastwerte der Netzbelastung mit der Brutto-Engpassleistung der öffentlichen Kraftwerke, so zeigt sich, dass die Kapazität zur Abdeckung der Lastspitze in Rheinland-Pfalz zu keiner Zeit ausreichte. Im Jahr 1985 fehlten beispielsweise dazu im Winter 287% und im Sommer noch 190% der bestehenden Leistung. Mit dem Bau des Kernkraftwerks Mülheim-Kärlich Mitte der 80er-Jahre veränderte sich die Situation sehr schnell. Die rechnerisch günstigste Relation von Höchstlast des Netzes zu Engpassleistung wurde 1988 verzeichnet, als die Höchstlast im Winter um 65% und im Sommer sogar nur um 19% über der Brutto-Engpassleistung lag. Da im September 1988 das Kernkraftwerk jedoch wieder abgeschaltet wurde, bei der Berechnung der Engpassleistung aber noch

Stromabsatz¹⁾ an Endverbraucher 1950-2000 nach Verbrauchergruppen

Jahr	Ins- gesamt	Produzierendes Gewerbe ²⁾		Verkehr		Handel und Gewerbe		Öffentliche Einrichtungen ³⁾		Landwirtschaft		Private Haushalte	
	Mill. kWh		Anteil in %	Mill. kWh	Anteil in %	Mill. kWh	Anteil in %	Mill. kWh	Anteil in %	Mill. kWh	Anteil in %	Mill. kWh	Anteil in %
1950	1 377	930	67,5	43	3,1	95	6,9	96	7,0	47	3,4	166	12,1
1955	3 303	2 295	69,5	64	1,9	208	6,3	313	9,5	87	2,6	336	10,2
1960	5 103	3 388	66,4	77	1,5	377	7,4	466	9,1	137	2,7	658	12,9
1965	6 288	3 388	53,9	65	1,0	619	9,8	681	10,8	210	3,3	1 325	21,1
1970	9 821	4 951	50,4	60	0,6	1 053	10,7	980	10,0	318	3,2	2 459	25,0
1975	13 055	5 922	45,4	85	0,7	1 483	11,4	1 109	8,5	399	3,1	4 057	31,1
1980	16 747	7 315	43,7	98	0,6	1 945	11,6	1 602	9,6	449	2,7	5 338	31,9
1985	19 436	8 721	44,9	69	0,4	2 201	11,3	1 984	10,2	497	2,6	5 964	30,7
1990	22 744	11 178	49,1	60	0,3	2 566	11,3	2 333	10,3	448	2,0	6 159	27,1
1995	23 812	11 454	48,1	116	0,5	2 515	10,6	2 264	9,5	388	1,6	7 075	29,7
2000	26 215	13 181	50,3	206	0,8	3 082	11,8	2 209	8,4	380	1,4	7 157	27,3

1) Stromabsatz = Stromaufkommen abzüglich Netzverluste und Messdifferenzen. – 2) Bis 1964 einschließlich Durchleitung der Industrie an die Industrie über das öffentliche Netz. – 3) Bis 1996 einschließlich Betriebsverbrauch der Elektrizitätsversorgungsunternehmen.

Stromabsatz 1950-2000 nach Verbrauchergruppen



enthalten ist, sagt ein solcher Vergleich wenig aus. Unter Ausschaltung dieses Sondereinflusses nahm in den folgenden Jahren die Abweichung der Netzbelastung zur Brutto-Engpassleistung durch den stetigen Ausbau der konventionellen Kraftwerke ab. Im Jahr 2000 betrug die Differenz im Winter 216% und im Sommer 104%. Dies stellt eine deutliche Verbesserung gegenüber 1985 dar.

Betrachtet man die Engpassleistung und die Höchstlast der konventionellen Kraftwerke, lässt sich feststellen, dass der Auslastungsgrad in den letzten zehn Jahren im Winter in der Regel immer über 70% lag und im Sommer nie unter die 40-Prozent-Marke fiel. In den Jahren vor 1990 lag die Auslastung im Sommer durchschnittlich bei 30%.

Produzierendes Gewerbe verbrauchte im Jahr 2000 über die Hälfte des Stromes

Das produzierende Gewerbe war im Jahr 2000 mit 13 181 Mill. kWh nach wie vor größter Stromabnehmer im Land (50,3%), gefolgt von den privaten Haushalten mit 7 157 Mill. kWh (27,3%). Der Stromverbrauch der Industrie stieg gegenüber dem Vorjahr um 3% – auch bedingt durch die damalige gute Konjunkturentwicklung. Bei den privaten Haushalten war ein Stromminderverbrauch gegenüber dem Vorjahr von 2,8% zu verzeichnen. Die Verbrauchergruppe Handel und Gewerbe mit 3 082 Mill. kWh sowie der Verkehrssektor mit 206 Mill. kWh hatten einen höheren Stromverbrauch im Vergleich zum Vorjahr. Dagegen wurden von den öffentlichen Einrichtungen mit 2 209 Mill. kWh und der Landwirtschaft mit 380 Mill. kWh weniger Strom als Energieträger verwendet.

Zwischen den Verbrauchergruppen gab es seit 1950 erhebliche Verschiebungen. In den Jahren vor 1965 waren teilweise über zwei Drittel des Stroms von der Industrie verbraucht worden, deren Anteil in den folgenden Jahren ständig abnahm und 1987 nur noch knapp 42% betrug. Demgegenüber holten die privaten Haushalte bis 1980 um 20 Prozentpunkte auf und erreichten mit 32% den vorläufigen Höhepunkt. Seitdem schwanken die Quoten zwischen 27 und 30%. Obwohl sich der industrielle Stromverbrauch seit 1950 vervierzehnfachte, schlug die rasante Entwicklung im Haushaltsbereich durch verbesserte Ausstattung mit elektrischen Geräten noch stärker zu Buche. Hier lag der Elektrizitätsverbrauch im Jahr 2000 über 43-mal höher als Anfang der 50er-Jahre. In den Verbrauchergruppen Handel sowie öffentliche Einrichtungen waren die Veränderungen ebenfalls nicht unerheblich. Lediglich bei der Landwirtschaft und dem Verkehrssektor waren die Zuwächse moderater. In dem letztgenannten Verbrauchsbereich fehlt allerdings der Fahrstrom der Deutschen Bahn AG, für den keine detaillierten Angaben zu ermitteln waren.

Stromerlös betrug 2000 rund 3,5 Mrd. DM

Im Gegensatz zum Anstieg des Stromabsatzes an Endverbraucher (+1,5%) sanken in Rheinland-Pfalz im Jahr 2000 die Erlöse gegenüber dem Vorjahr um 10,7% auf 3,5 Mrd. DM (ohne Umsatzsteuer, aber inklusive Ökosteuer). Dies war nicht zuletzt eine Folge der einsetzenden Liberalisierung des Strommarktes. Die Durchschnittserlöse betrugen 13,29 Pfennig je Kilowattstunde (1999: 15,12 Pfennig/kWh). Weil die Tarife bis 2000 weitgehend am Bedarf der Wirtschaftssektoren

Stromabsatz¹⁾ und Erlöse 1999 und 2000 nach Verbrauchergruppen

Verbrauchergruppe	1999		2000		Veränderung 2000 gegenüber 1999	
	Absatz	Erlöse ²⁾	Absatz	Erlöse ²⁾	Absatz	Erlöse ²⁾
	1 000 kWh	1 000 DM	1 000 kWh	1 000 DM	%	
Stromabsatz an Endverbraucher	25 822 649	3 903 144	26 215 303	3 484 104	1,5	-10,7
produzierendes Gewerbe	12 792 776	1 175 546	13 181 219	975 746	3,0	-17,0
Verkehr	149 283	27 779	205 912	23 699	37,9	-14,7
öffentliche Einrichtungen	2 222 038	367 102	2 208 653	315 756	-0,6	-14,0
Landwirtschaft	402 400	80 515	380 181	76 652	-5,5	-4,8
private Haushalte	7 366 530	1 611 114	7 157 318	1 519 734	-2,8	-5,7
Handel und Gewerbe	2 889 622	641 088	3 082 020	572 517	6,7	-10,7

1) Stromabsatz = Stromaufkommen abzüglich Netzverluste und Messdifferenzen. – 2) Ohne Umsatzsteuer und Ausgleichsabgabe.

ausgerichtet waren, spiegelte die Gliederung des Stromabsatzes an Endverbraucher nach Tarifgruppen die Verteilung nach Verbrauchergruppen wider. Zu den Sonderabnehmern zählten hauptsächlich industrielle Großkunden, Verkehrsbetriebe und in großem Umfang auch die öffentlichen Einrichtungen, während der Stromverbrauch bei den Haushalten fast vollständig, bei der übrigen gewerblichen Wirtschaft sowie der Land- und Forstwirtschaft mit gewissen Ausnahmen nach deren Tarifen abgerechnet wurden. Am Stromabsatz an Endverbraucher in Höhe von 26 215 Mill. kWh waren im Jahr 2000 die Sonderabnehmer zu 64% und die Tarifabnehmer zu 36% beteiligt. Da die überregionalen und regionalen Versorgungsunternehmen die Stromverteilung an die Endverbraucher in vielen Fällen, insbesondere in den südlicheren Landesteilen von Rheinland-Pfalz, nicht selbst übernehmen, sondern diese Aufgabe kommunalen Versorgungsbetrieben überlassen, geht ein erheblicher Teil des Stromabsatzes nicht direkt an Endverbraucher, sondern erst an Energieverteiler. Im Jahr 2000 waren es 14 303 Mill. kWh oder 55% des Stromabsatzes der Elektrizitätsversorgungsunternehmen. Der Strom wird an Weiterverteiler zu erheblich niedrigeren Preisen als an Endverbraucher geliefert. Im Durchschnitt übernahmen die Energieverteiler den Strom für 6,91 Pfennig je Kilowattstunde. Unter den

Endverbrauchern bezogen die Sonderabnehmer den Strom zu einem Durchschnittspreis, der mit 8,59 Pfennig um 60% niedriger war als der Preis, der den Tarifabnehmern in Rechnung gestellt wurde (21,66 Pfennig).

Fazit und Ausblick

Die Ergebnisse in diesem Beitrag dokumentieren die Entwicklung der öffentlichen Stromwirtschaft in Rheinland-Pfalz zwischen 1950 und 2000. Das bedeutet eine Analyse der letzten 50 Jahre auf Basis der über die amtliche Statistik erhobenen Daten. Mit Ablauf des Jahres 2000 geht eine Ära zu Ende. Durch die einsetzende Liberalisierung des Strommarktes seit April 1998 werden sich tief greifende Veränderungen vollziehen, die Auswirkungen auf die Preis- und Versorgungsstruktur haben. Neben dem positiven Aspekt der Markttöffnung für alle Verbrauchergruppen wird es natürlich auch Anpassungsprobleme für die amtliche Statistik geben. Ab Januar 2001 wurden die einzelnen Statistiken an die neuen Gegebenheiten angepasst¹⁾. Ob damit die Herausforderung der vollständigen Datenerfassung zur weiteren Absicherung der Informationsanforderungen von Politik, Wirtschaft und sonstigen Datennutzern letztendlich gelöst wird, bleibt abzuwarten und einer zukünftigen Analyse vorbehalten.

Diplom-Betriebswirt (FH) Hans-Gerhard Fuchs

1) Vgl. Fuchs, Hans-Gerhard: Neuregelung der Statistiken in der Elektrizitätsversorgung ab Januar 2001, in: Statistische Monatshefte, Rheinland-Pfalz, Heft 4/2001, S. 106 ff.

Das Erntejahr 2001 – ein Jahr der Extreme

Grundlage für die Erntefeststellung sind die Ertrags-schätzungen der landesweit rund 1 100 Ernteberichter-statterinnen und -berichterstatler, die ehrenamtlich für einen oder mehrere der Berichtszweige

- Feldfrüchte und Grünland,
- Gemüse und Erdbeeren,
- Obst sowie
- Weinmost

melden. Sie beurteilen während der Vegetationszeit den Wachstumsstand und ertragsbeeinflussende Faktoren wie Temperatur oder Niederschläge und geben später Schätzungen für voraussichtliche und endgültige Er-träge ab. Durch eine Verknüpfung der festgestellten Hektarerträge mit der jeweiligen Anbaufläche aus den Anbauerhebungen lassen sich Erntemengen berech-nen.

Zusätzlich werden für Winterweizen, Sommer- und Wintergerste, Roggen und Hafer sowie Kartoffeln im Rahmen der „Besonderen Erntermittlung“ Ertrags-messungen durchgeführt. Bei den genannten Getreide-arten werden dazu auf der Grundlage einer Stichprobe landesweit 500 Felder ausgewählt; das geerntete Ge-treide des jeweiligen Schlages wird vom Landwirt ver-wogen. Bei Kartoffeln werden auf 80 Kartoffelschlägen Proberodungen vorgenommen.

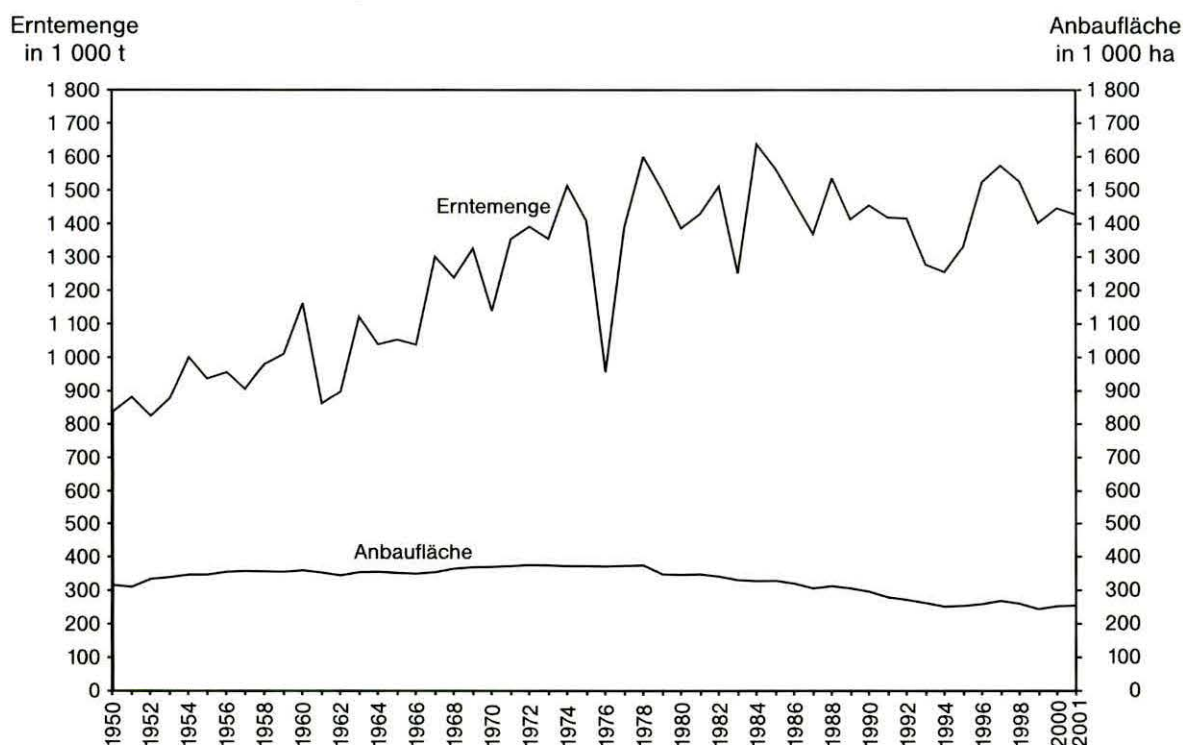
Regional unterschiedliche Aussaatbedingungen

Wie das laufende Erntejahr zeigte, hat trotz aller pro-duktionstechnischen Fortschritte das Wettergeschehen nach wie vor einen deutlichen Einfluss auf die Ertrags-entwicklung. Der Herbst des letzten Jahres war warm und feucht. Regional konnte wegen der Nässe die ge-plante Aussaat von Wintergetreide nicht in vollem Um-fang realisiert werden. Das ausgesäte Getreide lief aller-dings aufgrund relativ hoher Krummentemperaturen und des ausreichenden Feuchtigkeitsangebots zügig auf.

Der Winter war mild, so dass im Frühjahr kaum Aus-winterungsschäden gemeldet wurden. Im März ver-zeichnete man überdurchschnittlich hohe Nieder-schlagsmengen, die zu einer Wassersättigung der Böden führten. Die Temperaturen blieben eher niedrig. Durch die Wassersättigung waren die Böden kaum be-fahrbar und die Frühjahrspflanzung verzögerte sich bis in die zweite Aprilhälfte bzw. konnte nur unter er-schwerten Bedingungen erfolgen. Die dadurch ver-kürzte Vegetationszeit blieb nicht ohne Einfluss auf die Erträge der Sommerungen. Die Auswirkungen waren entsprechend den regionalen Witterungsverhältnissen allerdings unterschiedlich.

Nach einem warmen und trockenen Mai folgte ein kühler und niederschlagsreicher Juni. Die langjährige Niederschlagsmenge wurde zum Teil deutlich über-

Erntemenge und Anbaufläche von Getreide 1950-2001



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Anbaufläche, Hektarertrag und Erntemenge 1995-2001 nach Fruchtarten

Fruchtart	Anbaufläche			Hektarertrag			Erntemenge		
	D 1995/2000	2000	2001 ¹⁾	D 1995/2000	2000	2001	D 1995/2000	2000	2001 ¹⁾
	1 000 ha			dt/ha			1000 t		
Getreide	256,1	252,1	252,3	58,3	58,3	57,4 ¹⁾	1 492,1	1 470,9	1 448,7
Weizen	90,1	100,0	89,8	66,9	66,4	71,8 ¹⁾	603,5	664,6	644,9
Winterweizen	87,0	96,6	86,1	67,3	66,8	72,5	585,6	645,5	624,4
Triticale	13,6	14,5	14,7	60,9	60,3	60,2	83,1	87,7	88,3
Roggen	16,2	14,4	11,9	57,9	59,3	58,8	93,8	85,1	70,1
Gerste	115,7	106,2	119,5	52,9	51,7	48,3 ¹⁾	612,4	549,6	577,4
Wintergerste	35,8	35,1	35,2	58,7	54,2	59,4	210,4	190,5	209,3
Sommergerste	79,9	71,1	84,2	50,3	50,5	43,7	402,0	359,1	368,1
Hafer	15,0	11,9	11,5	48,1	48,2	38,4	72,0	57,4	44,2
Kartoffeln	10,4	9,7	8,9	329,6	379,6	308,4 ¹⁾	344,3	368,1	273,5
Frühkartoffeln	3,8	3,3	3,1	306,4	314,2	284,2	116,9	104,6	87,3
Mittelfrühe und späte Kartoffeln	6,6	6,4	5,8	343,0	413,9	321,2	227,4	263,5	186,1
Zuckerrüben	23,0	22,3	20,2	574,1	731,8	525,2 ¹⁾	1 321,9	1 633,7	1 060,0
Futtererbsen	3,2	4,3	6,0	39,1	35,8	34,3 ¹⁾	12,7	15,3	20,6
Winterraps	24,0	27,8	23,9	31,2	28,8	29,1	74,8	80,3	69,7
Silomais	15,2	15,4	14,1	453,9	485,4	478,7 ¹⁾	691,2	746,4	673,8

1) Vorläufig.

schritten. Ab Ende Juni setzten sich mehrere länger anhaltende Hochdruckwetterlagen durch, so dass die Ernte der Mähdruschfrüchte zügig und ohne größere Probleme eingebracht werden konnte. Getreide wurde zumeist mit geringen Kornfeuchten geerntet, eine Trocknung war nur selten erforderlich.

Winterweizen mit Spitzenertrag

Die rheinland-pfälzischen Betriebe ernteten im Jahr 2001 mit 1,4 Mill. t Getreide (ohne Mais) etwas weniger als im letzten Jahr. Bei einer etwas höheren Getreideanbaufläche (252 000 ha) belief sich der durchschnittliche Getreideertrag auf rund 57 dt/ha und lag damit unter dem Durchschnitt der Jahre 1995 bis 2000 bzw. dem Vorjahreswert. Im Gegensatz zu Rheinland-Pfalz wurde bundesweit mit 46,3 Mill. t ein neues Rekordergebnis erreicht und die bisherige Rekordernte des Jahres 1997 von 42,3 Mill. t deutlich übertroffen. Der bundesdurchschnittliche Hektarertrag betrug 70 dt/ha.

Da für die Europäische Union ein deutlicher Rückgang der Getreideerzeugung erwartet wird, eröffnen sich für Deutschland gute Ausfuhrchancen auf den EU-Märkten. Prognostiziert wird auf EU-Ebene eine Getreideernte in der Größenordnung von 195 bis 200 Mill. t. Im Vorjahr waren noch über 214 Mill. t geerntet worden.

Dass in Rheinland-Pfalz keine Rekordernte eingebracht wurde, ist auf die deutliche Zunahme der Sommergerstenfläche und die geringere Ertragsleistung der Sommergerste gegenüber derjenigen von Wintergetreide zurückzuführen. In diesem Jahr kam hinzu, dass der durchschnittliche Hektarertrag von Sommergerste (44 dt/ha) um fast 13% unter dem sechsjährigen Mittel lag. Nach dem vorläufigen Ergebnis der Bodennutzungshaupterhebung wuchs die Anbaufläche für Sommergerste um 13 000 ha auf 84 000 ha an. Die Ausweitung ging vor allem zulasten von Winterweizen. Er wurde nur noch auf 86 000 ha angebaut. Vor Jahresfrist waren es noch 10 000 ha mehr. Zurück ging auch der Roggenanbau (11 900 ha), der im Vorjahr noch mit Triticale

gleichauf lag. Triticale (14 700 ha) konnte ähnlich wie Wintergerste (35 200 ha) den Anbauumfang beibehalten.

Im Gegensatz zur Sommergerste erzielten die Landwirte mit Winterweizen Spitzenerträge. Der Ertrag von 73 dt/ha ist der höchste, der bisher in Rheinland-Pfalz erreicht wurde. Häufig angebaute Weizensorten waren Ritmo, Drifter und Batis sowie die beiden EU-Sorten Charger und Complet. Ebenfalls gute Erträge brachten Wintergerste (59 dt/ha), Triticale (60 dt/ha) und Roggen (59 dt/ha). Grundlage der steigenden Erträge sind Fortschritte in Züchtung, Anbautechnik und Bestandsführung. In diesem Jahr kamen besonders auch die örtlichen Witterungsbedingungen hinzu. Neben Sommergerste wies auch Hafer (38 dt/ha) ein deutliches Minus bei den Erträgen auf. Er lag sogar um rund ein Fünftel unter dem mehrjährigen Mittel.

Die Ernte erfolgte überwiegend unter günstigen Witterungsbedingungen, so dass nur in den Spätdruschgebieten vereinzelt Qualitätseinbußen auftraten. Hier musste aufgrund witterungsbedingter Ernteverzögerungen das Getreide mit höheren Feuchtigkeitsgehalten gedroschen werden. Beim Weizen und Roggen, die als Brotgetreide in der menschlichen Ernährung eine große Rolle spielen, sind die Stärkeeigenschaften (Fallzahl) als sehr gut einzustufen. Die Proteingehalte bewegen sich im mehrjährigen Durchschnitt. Auch die Braugerste erfüllt im Allgemeinen mit hohen Vollkornanteilen und geringen Eiweißwerten die Anforderungen der Mälereien.

Die Preise für Brotweizen bewegen sich auf dem Vorjahresniveau, zum Teil auch darüber. Für Brotroggen liegen die Erzeugerpreise nicht zuletzt wegen der bundesweit großen Menge unter denen des Vorjahres, eine Entwicklung, die auch für Gerste und Triticale erwartet wird. Vor dem Hintergrund der unterdurchschnittlichen Menge an Braugerste haben die Preise gegenüber dem Vorjahr angezogen. Die weitere Entwicklung der Getreidepreise in den nächsten Monaten hängt auch davon ab, ob die Getreideverfütterung weiter ansteigt. Da sich

Importfuttermittel verteuerten und ein Verbot der Verfütterung von Tiermehl besteht, könnte dies für steigende Getreidepreise sorgen.

Durch die vom Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft propagierte Agrarwende ist der ökologische Landbau verstärkt in das Interesse der Öffentlichkeit gerückt. Zwar ist eine weitere Zunahme des ökologischen Landbaus feststellbar, jedoch ist wegen des insgesamt noch geringen Anteils der Flächen und der geringen Anzahl von Ertragsfeststellungen im Rahmen der Besonderen Erntermittlung eine verlässliche Aussage über das Ernteaufkommen im ökologischen Landbau derzeit nicht möglich. Bekannt ist nur, dass die Erträge erheblich unter denen des konventionellen Anbaus liegen.

Ölfrüchte im Minus – Hülsenfrüchte im Plus

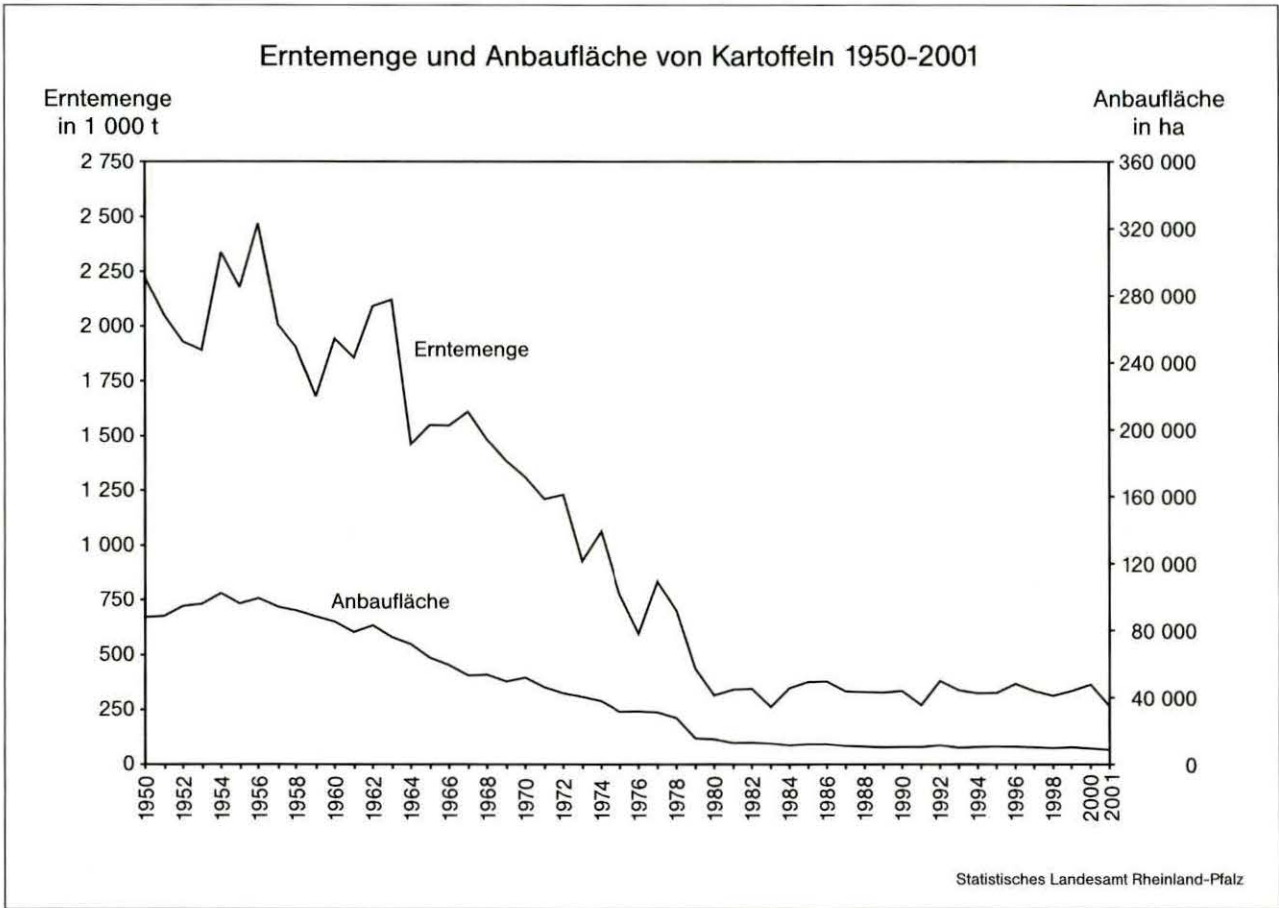
Ölfrüchte werden seit Ende der achtziger Jahre wieder verstärkt angebaut, da die Förderprämien über denen von Getreide liegen. Im Rahmen der EU-Agrarreform 2000 wurde beschlossen diese Bevorzugung sukzessive abzubauen und einheitliche Prämien für Getreide und Ölsaaten zu zahlen. Dies wird erstmals im Jahr 2002 der Fall sein. Zusätzlich entfällt die Restriktion, dass bei Überschreiten einer vorgegebenen Garantiefäche die Prämien für Ölsaaten gekürzt werden.

Der Anbau der Ölsaaten wie Raps und Körner Sonnenblumen wurde 2001 eingeschränkt. Winterraps, die bei weitem wichtigste Ölfrucht, wuchs nur noch auf 23 900 ha. Das waren 14% weniger als im Vorjahr. Ein

Grund für die Anbaueinschränkung dürfte die erwähnte Angleichung der Förderprämien sein. Der Ertrag von Winterraps wurde wie im Vorjahr auf 29 dt/ha geschätzt. Er lag damit um rund 2 dt unter dem Mittel der letzten sechs Jahre.

Bei Winterraps war auf gesamtdeutscher Ebene dagegen eine deutliche Ausweitung der Anbaufläche um 6,8% festzustellen, die überwiegend auf das Konto der neuen Länder ging. Der Ertrag lag bei 35 dt/ha. Die Ölgehalte erreichten mindestens den Durchschnitt der letzten Jahre; regional waren sie sogar überdurchschnittlich. Trotz der Mengensteigerung bei Raps wird Deutschland weiterhin Ölsaaten in größerem Umfang importieren. Der Ölsaatenanbau und die Ölsaatenproduktion in der EU erreichen etwa den Umfang des Vorjahres. Die Preise sind gegenüber dem Vorjahr deutlich gestiegen, da weltweit mit einem geringeren Angebot an pflanzlichen Ölen zu rechnen ist.

Hülsenfrüchte, insbesondere Futtererbsen, legten im Anbau wieder zu. Dies dürfte im Zusammenhang mit dem seit Dezember 2000 geltenden Fütterungsverbot für Tiermehle stehen. Da hierdurch ein Eiweißträger ausfiel und sich gleichzeitig der Import entsprechender Futtermittel verteuerte, besannen sich die Landwirte auf Hülsenfrüchte als eiweißhaltiges Futtermittel. Der Verbrauch liegt in der EU wie bei den Ölsaaten über der Erzeugung im Inland. Die Fläche für Futtererbsen stieg in Rheinland-Pfalz um 1 700 ha auf 6 000 ha an. Der Ertrag lag mit 34 dt/ha allerdings um rund 5 dt unter dem langjährigen Durchschnitt. Auch bundesweit nahm die Anbaufläche (+18%) deutlich auf rund 219 000 ha zu.



Niedrigste Kartoffelernte

Nach der Rekordernte an Kartoffeln im letzten Jahr beträgt die Erntemenge dieses Jahr nur knapp 270 000 t. Das ist die kleinste jemals in Rheinland-Pfalz geerntete Kartoffelmenge. Dazu haben sowohl die unter dem langjährigen Durchschnitt liegenden Erträge als auch die Einschränkung der Anbaufläche beigetragen. Die Kartoffelerzeuger konnten im nassen Frühjahr vielfach erst verspätet mit dem Legen der Kartoffeln beginnen. Die sich anschließende kühle Witterung brachte weitere Vegetationsverzögerungen. Im Sommer litten die Kartoffeln dann teilweise unter der Trockenheit und erzielten kaum Zuwächse. Nur dort, wo beregnet wurde oder die Wasserversorgung anderweitig gesichert war, erzielten die Landwirte gute Erträge.

Bei der Produktion von Frühkartoffeln, für die Rheinland-Pfalz einen führenden Platz im Bundesgebiet innehat, betrug die aktuelle Anbaufläche rund 3 100 ha (-6%). Das ist knapp ein Fünftel der deutschen Anbaufläche. Der Ertrag lag mit 284 dt/ha rund 7% unter dem sechsjährigen Durchschnitt. Die Erntemenge betrug 87 000 t. Mittelfrühe und späte Sorten wuchsen auf einer Fläche von rund 5 800 ha. Bei einem Ertrag von 321 dt/ha, gut 6% weniger als im langjährigen Mittel, ergab sich ein Aufkommen von 186 000 t.

Der Zuckerrübenanbau ist weiter zurückgegangen. Die Anbaufläche beträgt in diesem Jahr rund 20 200 ha. Wegen der ungünstigen Aussaatbedingungen im Frühjahr blieben die Zuckerrüben in ihrer Entwicklung hinter dem Vorjahr zurück. Sie konnten allerdings im Laufe des Sommers den Rückstand teilweise aufholen. Die Erträge liegen voraussichtlich mit 525 dt/ha fast 50 dt unter den durchschnittlichen Hektarerträgen der letzten Jahre.

Neben den marktfähigen Ackerbaukulturen nimmt auch die Erzeugung von Grundfutter für die Viehhaltung einen beachtlichen Teil des Ackerlandes ein. Der überwiegende Teil dürfte dabei in der Rindviehfütterung eingesetzt werden. Die wichtigste Fruchtart ist Silomais, der durch seine hohen Erträge besticht. In diesem Jahr wird ein Ertrag von 479 dt/ha geschätzt. Da aus klimatischen Gründen in den Höhenlagen kein Silomaisanbau erfolgt, werden hier vor allem Klee und Klee-Gras-Gemische bzw. Feldgras angebaut. Die Erträge liegen etwa auf dem Niveau der Vorjahre. Die Ertragschätzungen für Wiesen und Mähweiden liegen geringfügig unter denen des Vorjahres. Der späte Vegetationsbeginn dürfte auch hier seine Spuren hinterlassen haben.

Deutlich kleinere Obsternte

Die Obsternte im Marktbobstanbau fällt dieses Jahr deutlich kleiner aus als 2000. Hauptgrund ist auch hier die Frühjahrswitterung. So stuften die Berichtersteller im Mai den Verlauf der Blüte und den Fruchtansatz als sehr schlecht ein. Ebenso ließ der Insektenflug aufgrund der nasskalten Witterung zu wünschen übrig. Die Werte lagen zum Teil deutlich unter den langjährigen Durchschnitten.

Entsprechend der schlechten Blüte brachten die Bäume nur mäßige Erträge. Sauerkirschen lagen mit knapp 11 kg je Baum um ein gutes Drittel unter dem sechsjährigen Mittel. Bei Süßkirschen wurden mit rund 15 kg etwa 5 kg weniger geerntet als im langjährigen Durchschnitt. Bei Äpfeln (16 kg/Baum), der flächenmäßig bedeutendsten Obstart, und Birnen (14 kg/Baum) waren die Ertragseinbußen mit etwa 11% bzw. 17% gegenüber dem sechsjährigen Durchschnitt nicht ganz so groß. Entsprechend gering fielen die Erntemengen aus. Für Äpfel wird eine Erntemenge von knapp 50 000 t und für Birnen eine von 3 900 t erwartet. Sauerkirschen, ebenfalls eine in Rheinland-Pfalz wichtige Obstart, erbrachten 6 000 t. Letztmalig war 1996 eine so geringe Apfel- und Sauerkirschenenernte im Marktbobstanbau eingebracht worden.

Weiter ungebremstes Wachstum beim Gemüse

Die Gemüseanbaufläche ist erneut ausgeweitet worden und beträgt dieses Jahr weit über 14 000 ha. Rheinland-Pfalz ist damit nach Nordrhein-Westfalen das wichtigste gemüseanbauende Bundesland Deutschlands. Gründe für das stetige Wachstum der Gemüseproduktion sind die guten klimatischen Voraussetzungen in der pfälzischen Rheinebene und die dort vorhandene Infrastruktur, die einen rentablen Gemüseanbau ermöglichen.

Das nasse Frühjahr hinterließ auch im Gemüseanbau seine Spuren. Teilweise verzögerte sich das Auspflanzen der frühen Gemüsearten bis in den April, wodurch insbesondere die Erträge der frühen Gemüsearten unter Ertragsdepressionen litten. Neben der Witterung kam dieses Jahr erschwerend für die Gemüsebauern hinzu, dass mit der Einführung des Indikationsgebotes für einzelne Gemüsearten keine zugelassenen Pflanzenschutzmittel zur Verfügung standen.

Spargel, das Königsgemüse, lag mit 36 dt/ha geringfügig unter dem langjährigen Mittel, während Rhabarber (279 dt/ha) von der hohen Bodenfeuchte profitierte. Spi-

Baumerträge und Erntemengen im Marktbobstanbau 1995-2001

Obstart	Baumertrag			Erntemenge		
	D 1995/2000	2000	2001	D 1995/2000	2000	2001
	kg/Baum			dt		
Äpfel	18,2	22,2	16,2 ¹⁾	529 965	683 970	498 321 ¹⁾
Birnen	16,6	19,4	13,7 ¹⁾	43 268	55 647	39 320 ¹⁾
Süßkirschen	20,0	25,5	14,9	17 168	22 985	13 453
Sauerkirschen	17,1	16,4	10,7	107 559	92 411	60 365
Pflaumen und Zwetschen	20,2	23,8	12,9 ¹⁾	76 852	98 420	53 239 ¹⁾

1) Vorläufig.

Hektarerträge ausgewählter Gemüsearten auf dem Freiland 1995-2001

Gemüseart	Hektarertrag		
	D 1995/2000	2000	2001
	dt/ha		
Möhren	380,6	409,2	396,6 ²⁾
Radies	307,0	333,2	300,7
Blumenkohl	306,8	299,8	290,8 ²⁾
Speisezwiebeln ¹⁾	473,6	479,8	418,5
Kopfsalat	261,3	273,8	275,9
Spinat	193,2	193,8	184,5 ²⁾
Spargel	36,6	38,1	36,0
Brokkoli	244,5	256,1	248,1
Rettich	295,5	287,5	316,9
Kohlrabi	294,6	298,1	294,0 ²⁾
Porree (Lauch)	300,1	312,1	340,6 ²⁾
Chinakohl	400,3	395,4	399,4 ²⁾
Rhabarber	276,8	270,6	278,8
Knollensellerie	353,0	386,4	396,4 ²⁾

1) Seit 1996 nur Trockenzwiebeln und Schalotten, ohne Bundzwiebeln. — 2) Vorläufig.

nat (185 dt/ha) liegt voraussichtlich knapp 5% unter dem Durchschnitt der Jahre 1995 bis 2000. Möhren, die flächenmäßig wichtigste Gemüseart, verfehlen mit 397 dt/ha den Vorjahreswert um rund 3%. Bei Radieschen ist in Deutschlands Erzeugerland Nr. 1 ebenfalls mit unterdurchschnittlichen Erträgen (301 dt/ha) zu rechnen. Blumenkohl erreicht voraussichtlich 291 dt/ha; das ist deutlich unter dem langjährigen Mittel (307 dt/ha).

Guter Weinjahrgang erwartet

Frostschäden an Holz, Knospen und Laub der Reben meldeten die Berichterstatter im Frühjahr kaum. Der diesjährige Austrieb der Weinreben erfolgte witterungsbedingt erst relativ spät. Ansatz der Gescheine und Blüte wurden im Mai als durchschnittlich bis gut beurteilt. Die Reben holten im weiteren Vegetationsverlauf dann aber den bestehenden Wachstumsrückstand immer mehr auf, wobei insbesondere der August mit hochsommerlichen Tagen für optimale Wachstumsbedingungen in den Weinbergen sorgte. Es folgte dann ein feuchter und für die Jahreszeit zu kühler September, der verstärkt Fäulnis bei den reifenden Trauben mit sich brachte.

Aufgrund der Vegetationsbedingungen zeichnete sich schon früh ab, dass es wieder eine überdurchschnittliche Erntemenge geben könnte. Die Winzer wirkten dem jedoch im Interesse von höheren Qualitäten vielfach mit ertragsbegrenzenden Maßnahmen (grüne Ernte) entgegen.

Für das Jahr 2001 wird ein qualitativ guter Jahrgang erwartet, der mengenmäßig im zehnjährigen Durchschnitt liegen dürfte. Anfang Oktober wurde eine voraussichtliche Erntemenge von 6,6 Mill. hl geschätzt. Rund 1,3 Mill. hl entfallen davon auf Rotmost, von dem etwa ein Fünftel weniger als im letzten Jahr geerntet werden dürfte. Ausschlaggebend hierfür sind deutlich geringere Hektarerträge für Portugieser und Dornfelder. Endgültigen Aufschluss über die Erntemenge wird erst die Auswertung der Traubenerntemeldung Ende Januar bringen.

Diplom-Agraringenieur Jörg Breitenfeld

Der Fertigteilbau im Wohnbau in den Jahren 1991 bis 2000

Seit dem Berichtsjahr 1968 wird im Rahmen der Bautätigkeitsstatistik von Rheinland-Pfalz ein ausführlicher Nachweis von Fertigteilbauwerken im Wohn- bzw. Nichtwohnbau geführt. Zum damaligen Zeitpunkt lagen industriell vorproduzierte Wohngebäude bei einem Marktanteil von nur 2,5% und hatten für die Wertschöpfung im gesamten Wohnbau nur eine untergeordnete Bedeutung. Dies hat sich mit den Jahren grundlegend geändert: Bereits im Jahr 1980 verzeichneten die Hersteller von Fertigteilwohnbauten Marktanteile von 16,8% bei den Gebäuden und 14,7% bei den Wohnungen.

Grund für die gestiegene Beliebtheit von Fertighäusern war der Wandel von billigen, in Einfachbauweise erstellten Wohnhäusern hin zu einer Serienproduktion, die hinsichtlich der individuellen Wohnansprüche, der Ausstattung und der verwendeten Baumaterialien im Vergleich zum konventionellen Wohnbau nichts zu wünschen übrig ließ. Die meist hinsichtlich Statik, Grundriss und Ausstattung genormten Fertighäuser lassen sich heute wie die konventionellen Planungen vom Gebäudeeigentümer in Bezug auf Grund- und Wohnfläche, Geschoszahl, Innenausstattung, Beheizungsart und Raumaufteilung auf die ganz persönlichen Belange abstimmen. Hinzu kommt noch ein wichtiger Aspekt für den Bauherren: Die Abwicklungsdauer für die Errichtung ist weitaus kürzer als im konventionellen Bau.

Bauboom im Mietwohnungsbau ohne Einfluss auf Fertigteilbau

In der ersten Hälfte der letzten Dekade zog die Nachfrage nach Wohnraum und damit die Wohnungsbaukonjunktur aus den bekannten Gründen (Wiedervereinigung, Öffnung der Grenzen im Osten und steigende Asylbewerberzahlen) stark an. Dies wurde – mit Ausnahme des Rekordjahres 1994 – weniger an der Zahl der genehmigten Wohngebäude als an der Zahl der Wohnungen sichtbar. Die Baugenehmigungen für Wohnungen erhöhten sich vor allem durch die rege Investitionstätigkeit im Mietwohnungsbau von 23 187 im Jahr 1991 auf 37 610 in 1994, bevor sie 1995 abnahmen und zwischen 1996 und 1999 mit jeweils rund 21 000 geplanten Einheiten relativ konstant blieben.

Auffällig ist, dass die Fertighaushersteller am Bauboom der ersten Jahrzehnthälfte überhaupt nicht partizipieren konnten. Ihr Tätigkeitsfeld ist bekanntermaßen

Veranschlagte Baukosten genehmigter Gebäude¹⁾
im Wohnbau 1991-2000 nach der Bauart

Jahr	Insgesamt	Darunter Fertigteilbau	Anteil des Fertigteilbaus
	1 000 DM		%
1991	4 454 789	330 448	7,4
1992	5 243 058	348 500	6,6
1993	6 395 622	358 786	5,6
1994	8 175 894	457 324	5,6
1995	6 424 113	321 164	5,0
1996	5 533 332	402 444	7,3
1997	5 786 551	527 218	9,1
1998	5 845 513	691 967	11,8
1999	6 099 443	825 447	13,5
2000	5 028 351	640 530	12,7
1991-2000	58 986 666	4 903 828	8,3

1) Errichtung neuer Gebäude.

der Eigenheimbau, vorgefertigte Mietwohneinheiten im Geschosswohnungsbau werden nur sehr selten von Bauherren nachgefragt. So lag ihr Marktanteil trotz Wohnungsbauboom bei den Gebäuden nur in den Jahren 1991 und 1996 knapp über der 10-Prozent-Grenze, ansonsten darunter. Bei den Wohnungen ging er von 5,9% im Jahr 1991 auf nur noch 4% im Jahr 1995 zurück. Der gesamte Investitionsschub der Jahre 1991 bis 1995 ist somit an der Fertighausindustrie vorbeigegangen. Dies belegen auch die veranschlagten reinen Baukosten im Wohnungsbau. 1991 sollten im gesamten Wohnbau rund 7 Mrd. DM investiert werden, 1994 waren es rund 10,5 Mrd. DM, 1995 noch gut 8,5 Mrd. DM. Im gleichen Zeitraum stagnierten oder sanken die investierten Bausummen im Fertighausbau. Im Berichtsjahr 1994 errechnet sich noch die höchste Investitionssumme von knapp 460 Mill. DM; in den anderen Jahren bis einschließlich 1995 lagen die kalkulierten Baukosten für vorgefertigte Wohnhäuser jeweils unter 360 Mill. DM. Der Anteil des Fertigteilbaus an den gesamten Wohnungsbauinvestitionen betrug 1995 nur noch 5%.

Konjunkturaufschwung für Einfamilienhäuser ab 1996

Mit dem Berichtsjahr 1996 wurde eine Wende im rheinland-pfälzischen Wohnungsbau sichtbar. Die Hochphase des Mietwohnungsbaus war abgeschlossen, die Baugenehmigungen für Mehrfamilienhäuser gingen drastisch zurück: eine Entwicklung, die bis heute ungebremselt anhält. Gleichzeitig richtete sich das Interesse der Bauwilligen mehr und mehr auf den Sektor Einfamilienhausbau. So stieg die Zahl der genehmigten Eigenheime mit einer Wohnung von 6 488 im Jahr 1995 stetig auf die Rekordmarke der 90er-Jahre von 10 104 im Jahr 1999.

Von der Wohnungsbautätigkeit mit geänderten Vorzeichen profitierten in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts verstärkt die Fertighausanbieter. Während sie 1995 nur 920 Wohnhäuser in Rheinland-Pfalz absetzen konnten, stieg die Zahl der Baufreigaben für vorproduzierte Wohnhäuser über 1 550 (1997) auf 2 222 im Jahr 1999. Erst im Jahr 2000 trat mit einem immer noch überdurchschnittlichen Ergebnis von 1 787 genehmigten Gebäuden eine Nachfrageberuhigung ein. Der Anteil

Anteil des Fertigteilbaus am Wohnbau¹⁾ 1991-2000

Jahr	Gebäude				Wohnungen
	insgesamt	davon mit ... Wohnung(en)			
		1	2	3 oder mehr ²⁾	
		%			
1991	10,4	11,8	11,9	1,3	5,9
1992	9,8	12,0	9,2	1,3	5,5
1993	8,6	11,7	6,8	0,7	4,4
1994	9,5	13,3	7,8	1,0	4,9
1995	8,1	11,6	5,8	1,1	4,0
1996	10,2	13,1	7,9	1,4	6,5
1997	12,8	15,7	8,3	2,0	8,5
1998	15,2	17,9	10,5	3,4	11,5
1999	16,6	19,1	10,5	5,3	12,9
2000	16,5	18,7	11,5	3,7	12,5
1991-2000	11,8	14,8	8,8	1,7	7,1

1) Errichtung neuer Gebäude. – 2) Einschließlich Wohnheime.

Genehmigungen im Wohnbau¹⁾ 1991-2000 nach der Bauart

Jahr	Insgesamt					Darunter Fertigteilbau				
	Wohngebäude				Wohnungen	Wohngebäude				Wohnungen
	zusammen	davon mit ... Wohnung(en)				zusammen	davon mit ... Wohnung(en)			
		1	2	3 oder mehr ²⁾			1	2	3 oder mehr ²⁾	
	Anzahl									
1991	10 748	7 393	1 857	1 498	23 187	1 115	874	221	20	1 367
1992	11 384	7 281	2 431	1 672	25 294	1 121	875	224	22	1 403
1993	12 673	7 666	2 652	2 355	30 227	1 095	899	180	16	1 324
1994	15 322	8 634	3 558	3 130	37 610	1 456	1 148	276	32	1 828
1995	11 321	6 488	2 440	2 393	28 272	920	752	142	26	1 139
1996	10 961	7 039	2 256	1 666	21 867	1 122	919	179	24	1 413
1997	12 107	8 453	2 339	1 315	21 823	1 550	1 329	195	26	1 846
1998	12 573	9 141	2 362	1 070	20 379	1 915	1 632	247	36	2 345
1999	13 358	10 104	2 290	964	20 868	2 222	1 931	240	51	2 701
2000	10 835	8 320	1 813	702	16 585	1 787	1 553	208	26	2 066
1991 - 2000	121 282	80 519	23 998	16 765	246 112	14 303	11 912	2 112	279	17 432

1) Errichtung neuer Gebäude. – 2) Einschließlich Wohnheime.

der Fertighäuser an allen Wohngebäuden wuchs im gleichen Zeitraum von gut 8 auf 16,6% und blieb in 2000 nahezu unverändert (16,5%). Bei den Wohnungen kletterte die Quote im Beobachtungszeitraum von 4 auf 12,9%, 2000 betrug der Anteil 12,5%. Auch die investierten Bausummen wuchsen in der gleichen Größenordnung. So erreichten die Hersteller, ausgehend von 321 Mill. DM im Jahr 1995, einen stetig bis auf rund 825 Mill. DM im Jahr 1999 steigenden Umsatz. Dies entspricht einem Anteil von 13,5% an den gesamten veranschlagten Baukosten im Wohnneubau. Im vergangenen Jahr waren von den Bauherren gut 640 Mill. DM für neue Fertighäuser zu finanzieren; das waren 12,7% der Wohnungsbauinvestitionen für neue Wohnhäuser.

Wie stark die Hersteller von Fertighäusern in den Bau von Eigenheimen involviert sind, zeigt der Blick auf die einzelnen Gebäudekategorien des Wohnbaus. Zwischen 1991 und 2000 kamen in Rheinland-Pfalz insgesamt 121 282 neue Wohngebäude zur Baufreigabe, darin befanden sich 246 112 Wohneinheiten. Unter den Gebäuden waren 80 519 Einfamilienhäuser (66%), 23 988 Zweifamilienhäuser (20%) und 16 765 Mehrfamilienhäuser (14%) mit drei oder mehr Wohnungen (einschl. Wohnheime). Im gleichen Zeitraum wurden 14 303 vorfabrizierte Wohngebäude genehmigt, davon waren 11 912 Einfamilienhäuser (83%) und 2 112 Zweifamilienhäuser (15%). Bei nur 279 Wohngebäuden mit drei oder mehr Wohnungen (2%) war die Bauausführung mit Fertigbauteilen geplant.

Kaum Preisunterschiede zwischen konventionellem Bau und Fertigteilbau

Im Zeitraum von 1991 bis 1995 war im Fertigteilbau wie im gesamten Wohnbau eine stetige Verteuerung der Baukosten je Quadratmeter zu beobachten. Im Wohnbau insgesamt stiegen die Kostenansätze von 1 979 DM je Quadratmeter (1991) bis auf 2 384 DM (1995), im Fertigteilbau vergleichsweise von 2 052 DM (1991) auf 2 450 DM (1995). In den letzten fünf Berichtsjahren haben sich die veranschlagten Baukosten je Quadratmeter Wohnfläche in beiden Bereichen nur noch wenig verändert. Hinsichtlich der kalkulierten Baukosten besteht heute kaum mehr ein Preisunterschied zwischen konventionell errichteten Wohngebäuden und Fertigteilbauwerken. Da die Fertighaushersteller vorzugsweise Einfamilienhäuser produzieren, im Wohnbau insgesamt aber auch die im Durchschnitt kleineren und weniger

aufwändig geplanten Mietwohneinheiten enthalten sind, ist insbesondere der direkte Baukostenvergleich der Gebäudekategorie Einfamilienhaus von Interesse. So kostete der Quadratmeter Wohnfläche im Berichtsjahr 2000 für alle genehmigten Einfamilienhäuser im Schnitt 2 547 DM. Bei konventionell geplanten Eigenheimen mit einer Wohnung hatten die Bauherren mit durchschnittlich 2 552 DM geringfügig mehr zu veranschlagen, reine Fertigteileigenheime waren hinsichtlich der Baukosten je Quadratmeter Wohnfläche etwas günstiger (2 521 DM). Diese Tatsache ist ein Indiz für die zumindest gleichrangige Qualität der verwendeten Baustoffe und das ebenbürtige Ausstattungsniveau von Fertigteilbauten.

Veranschlagte Baukosten je Quadratmeter Wohnfläche im Wohnbau¹⁾ 1991-2000 nach der Bauart

Jahr	Insgesamt	Darunter Fertigteilbau
	DM	
1991	1 979	2 052
1992	2 043	2 184
1993	2 176	2 251
1994	2 271	2 411
1995	2 384	2 450
1996	2 444	2 464
1997	2 458	2 424
1998	2 455	2 444
1999	2 447	2 464
2000	2 472	2 471

1) Errichtung neuer Gebäude.

Marktanteile wie zu Beginn der 80er-Jahre

Es ist festzustellen, dass die Konjunktur im Fertigteilwohnbau nach einer deutlichen Schwächeperiode in den ersten fünf Jahren des vergangenen Jahrzehnts seit 1996 wieder zunehmend an Fahrt gewonnen hat. Der Umschwung der Bautätigkeit hin zum Eigentumsbau und weg vom Mietwohnungsbau sowie die hohen Qualitätsstandards von Fertighäusern, die konventionell errichteten Wohngebäuden nicht nachstehen, dürften die Hauptursachen für die positive Entwicklung sein. Der Marktanteil der Fertighaushersteller bezifferte sich in den Jahren 1999 und 2000 auf 16,6 bzw. 16,5% an allen genehmigten Wohnbauten. Ein vergleichbarer Wert war letztmals 1980 (16,8%) zu beobachten gewesen.

Diplom-Betriebswirt (FH) Arthur Hesseler

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1999	2000				2001			
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1000	4 028	4 030	4 028	4 030	4 031
Natürliche Bevölkerungs-bewegung										
Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	1 887	...	2 683 ^p	2 285 ^p	...	2 246 ^p	2 487 ^p	2 065 ^p	2 726 ^p
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	5,6	...	8,1 ^p	6,7 ^p	...	6,6 ^p	7,5 ^p	6,0 ^p	8,0 ^p
Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	3 183	...	3 084 ^p	3 255 ^p
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,5	...	9,3 ^p	9,5 ^p
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 544	...	3 201 ^p	3 252 ^p
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,6	...	9,7 ^p	9,5 ^p
Im 1. Lebensjahr Gestorbene ³⁾	Anzahl	15	...	16 ^p	18 ^p
je 1 000 Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	4,6	...	5,5 ^p	5,9 ^p
Überschuss der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 361	...	-117 ^p	3 ^p
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	-1,1	...	-0,4 ^p	0,0 ^p
Wanderungen										
Über die Landesgrenze										
Zugezogene	Anzahl	9 284	...	8 067	10 750	11 029
Fortgezogene	Anzahl	8 439	...	8 208	9 013	10 151
Wanderungssaldo	Anzahl	845	...	-141	1 737	878
Innerhalb des Landes										
Umgezogene ⁵⁾	Anzahl	13 678	...	12 767	14 168	15 552
Arbeitsmarkt										
Arbeitslose	Anzahl	149 361	138 337	135 719	136 967	132 064	128 839	130 024	133 707	131 130
Männer	Anzahl	82 051	74 537	71 724	71 947	69 087	69 619	69 173	70 670	69 069
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	7 733	6 745	5 992	5 850	5 574	6 547	6 153	5 979	5 772
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	44 070	38 827	37 381	37 126	35 539	36 015	35 740	36 329	35 631
Arbeitslosenquote ⁶⁾	%	8,2	7,3	7,0	7,1	6,8	6,5	6,5	6,7	6,6
Arbeitslosenquote ⁷⁾	%	9,1	8,1	7,8	7,8	7,6	7,2	7,2	7,4	7,3
Offene Stellen	Anzahl	29 696	31 146	33 079	34 568	34 520	36 349	34 350	33 256	34 436
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	961	898	921	991	1 034	731	733	683	644
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	6 206	6 741	7 142	7 247	7 042	7 550	7 945	7 436	7 694
Kurzarbeiter	Anzahl	4 887	2 446	1 793	1 099	1 220	2 753	2 359	1 827	1 966
Landwirtschaft										
Schlachtmengen ⁸⁾	t	12 637	11 834	10 651	10 931	11 666	11 198	11 108	10 725	11 169
Rinder	t	3 207	2 879	2 389	2 387	2 658	2 723	2 635	2 393	2 944
Kälber	t	29	27	20	18	21	28	16	21	27
Schweine	t	9 276	8 796	8 121	8 412	8 875	8 304	8 369	8 231	8 071
Milch										
Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien	t	63 124	62 033	64 248	64 889	62 527	67 766	65 558	66 276	63 400
Eier										
Erzeugung in Betrieben mit mindestens 3 000 Haltungsplätzen	1 000	14 290	13 631	13 290	13 899	14 060	12 267	12 436	12 879	13 012
Handwerk ⁹⁾										
Beschäftigte (Ende des Vj.)	30.9.1998=100	96	94	94	-	-	-	90	-	-
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1998=100	104	103	103	-	-	-	101	-	-

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 6) Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen (Abhängige, Selbständige und mithelfende Familienangehörige). – 7) Arbeitslose in Prozent der abhängigen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose). – 8) In und ausländischer Herkunft. – 9) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1999	2000				2001			
		Monatsdurchschnitt	June	July	August	Mai	June	July	August	
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ¹⁾										
Betriebe	Anzahl	2 275	2 308	2 315	2 313	2 308	2 392	2 393	2 403	2 398
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber/- innen)	Anzahl	307 750	303 460	304 288	305 281	307 108	301 009	300 854	301 587	303 222
Arbeiter (einschl. gewerblich Auszubildender)	Anzahl	197 036	193 426	194 380	195 629	196 406	192 133	192 008	192 951	193 367
Geleistete Arbeiterstunden	1 000	26 090	25 658	24 741	23 904	26 165	26 220	24 535	24 059	25 526
Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. DM	1 698	1 731	1 867	1 648	1 648	2 035	1 817	1 703	1 675
Bruttolohnsumme	Mill. DM	903	911	947	886	892	997	960	910	904
Bruttogehaltsumme	Mill. DM	796	820	920	762	757	1 038	857	793	771
Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer) davon	Mill. DM	9 478	9 987	9 784	9 522	10 089	10 680	10 215	9 859	9 881
Vorleistungsgüterproduzenten	Mill. DM	5 193	5 816	5 635	5 531	5 815	6 135	5 747	5 529	5 455
Investitionsgüterproduzenten	Mill. DM	2 426	2 246	2 279	2 170	2 264	2 449	2 532	2 348	2 260
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. DM	193	206	181	166	209	216	196	176	237
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. DM	1 665	1 719	1 690	1 654	1 801	1 879	1 739	1 806	1 929
darunter Auslandsumsatz	Mill. DM	3 892	4 053	4 020	3 911	4 039	4 412	4 231	4 259	3 979
Exportquote ²⁾	%	41,1	40,6	41,1	41,1	40,0	41,3	41,4	43,2	40,3
Energieverbrauch ³⁾	1 000 GJ	54 288	53 842	51 802	-	-	-	49 620	-	-
Kohleverbrauch ³⁾	1 000 GJ	2 673	2 007	2 310	-	-	-	1 664	-	-
Gasverbrauch (Erd- und Erdölgas) ³⁾⁴⁾	Mill. kWh	10 093	10 070	9 453	-	-	-	9 325	-	-
Heizölverbrauch ³⁾	1 000t	67	61	57	-	-	-	42	-	-
Stromverbrauch	Mill. kWh	1 155	1 205	1 211	1 203	1 251	1 184	1 175	1 191	1 202
Stromerzeugung (industr. Eigen-erzeugung)	Mill. kWh	164	137	119	113	110	123	111	103	99
Energie- und Wasserversorgung ¹⁾										
Betriebe	Anzahl	77	86	86	86	86	86	86	86	87
Beschäftigte	Anzahl	13 644	12 389	12 415	12 308	12 404	10 763	10 705	10 697	10 826
darunter Arbeiter	Anzahl	6 570	5 945	5 904	5 852	5 997	4 775	4 743	4 720	4 812
Geleistete Arbeiterstunden	1 000	852	751	729	672	755	622	573	571	620
Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. DM	79	75	73	76	70	62	60	61	59
Bruttolohnsumme	Mill. DM	33	31	31	32	29	22	24	25	24
Bruttogehaltsumme	Mill. DM	47	44	42	44	41	40	36	36	35
Bruttostromerzeugung ⁵⁾	Mill. kWh	556	540	471	541	462	665	524	557	...
Nettostromerzeugung ⁵⁾	Mill. kWh	532	522	455	528	449	653	512	545	...
Gasaufkommen	Mill. kWh	5 851	5 774	4 053	4 537	4 150	4 616	4 261	4 027	...
Baugewerbe										
Bauhauptgewerbe ⁶⁾ (Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau)										
Beschäftigte	Anzahl	47 826	46 850	47 430	47 509	47 971	43 864	43 810	43 917	44 399
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 841	4 989	5 257	4 654	6 040	4 991	4 772	4 540	5 145
Wohnungsbau	1 000	2 046	2 192	2 332	2 074	2 702	2 017	2 001	1 883	2 029
gewerblicher und industrieller Bau ⁷⁾	1 000	1 236	1 241	1 312	1 162	1 372	1 205	1 099	1 082	1 256
öffentlicher und Straßenbau	1 000	1 559	1 556	1 612	1 418	1 966	1 769	1 672	1 575	1 860
darunter Straßenbau	1 000	710	723	758	651	923	835	797	725	883
Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. DM	200	200	211	203	212	191	188	197	202
Bruttolohnsumme	Mill. DM	153	153	160	157	166	147	141	150	154
Bruttogehaltsumme	Mill. DM	47	47	51	46	46	44	48	47	48
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	716	723	774	713	814	647	679	724	746
Wohnungsbau	Mill. DM	254	243	277	244	261	199	223	216	207
gewerblicher und industrieller Bau ⁷⁾	Mill. DM	208	218	236	205	253	188	189	208	215
öffentlicher und Straßenbau	Mill. DM	254	263	261	265	300	260	267	300	324
darunter Straßenbau	Mill. DM	118	113	117	115	138	115	124	140	145
Ausbaugewerbe ¹⁾³⁾ (Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe)										
Betriebe	Anzahl	389	402	403	-	-	-	394	-	-
Beschäftigte	Anzahl	14 652	14 308	14 350	-	-	-	13 754	-	-
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 527	4 398	4 482	-	-	-	4 126	-	-
Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. DM	179	178	180	-	-	-	172	-	-
Bruttolohnsumme	Mill. DM	126	126	127	-	-	-	122	-	-
Bruttogehaltsumme	Mill. DM	53	52	53	-	-	-	50	-	-
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	590	604	526	-	-	-	527	-	-

1) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 2) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. – 3) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.), Jahr = Vierteljahresdurchschnitt. – 4) 1 m³ = 35,169 MJ = 9,769 kWh (Brennwert = oberer Heizwert. – 5) Kraftwerke mit mehr als 1 MW Kraftwerksleistung. – 6) Nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet auf alle Betriebe. – 7) Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1999	2000				2001			
		Monatsdurchschnitt	Jun	Juli	August	Mai	Jun	Juli	August	
Bautätigkeit										
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 113	903	981	943	958	997	871	872	866
mit 1 Wohnung	Anzahl	842	693	713	707	711	748	696	677	687
mit 2 Wohnungen	Anzahl	191	151	196	169	169	192	133	161	136
mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	80	59	72	67	78	57	42	34	43
Umbauter Raum	1 000 m ³	1 171	949	1 012	1 062	1 032	1 056	848	873	851
Wohnfläche	1 000 m ²	208	170	184	188	187	186	151	154	152
Wohnräume	Anzahl	9 134	7 387	7 901	8 188	8 099	8 099	6 439	6 517	6 693
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	508	419	448	470	454	467	367	387	377
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	4	3	1	3	5	2	16	-	-
Unternehmen	Anzahl	193	164	155	234	131	145	115	130	85
Private Haushalte	Anzahl	916	735	825	706	822	850	740	742	781
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	217	184	168	168	244	171	176	190	154
Umbauter Raum	1 000 m ³	1 084	988	799	819	1 106	1 586	1 275	1 343	842
Nutzfläche	1 000 m ²	176	151	112	128	174	202	182	193	117
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	222	198	152	156	226	249	188	255	130
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	14	20	20	11	47	19	27	20	18
Unternehmen	Anzahl	185	158	142	153	189	149	145	168	133
Private Haushalte	Anzahl	9	6	6	4	8	3	4	2	3
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 993	1 576	1 665	1 700	1 787	1 636	1 360	1 460	1 355
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	3 662	3 872	4 053	3 720	3 870	4 256	3 903	4 420	...
EU-Länder	Mill. DM	2 154	2 173	2 307	2 164	2 017	2 258	2 222	2 567	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	261	271	289	258	277	286	289	338	...
Dänemark	Mill. DM	58	56	58	50	50	55	45	70	...
Finnland	Mill. DM	26	25	26	20	25	28	27	30	...
Frankreich	Mill. DM	525	527	548	588	477	534	519	616	...
Griechenland	Mill. DM	28	33	38	29	37	35	34	37	...
Großbritannien	Mill. DM	308	283	310	264	270	258	277	349	...
Irland	Mill. DM	18	17	13	11	18	18	17	16	...
Italien	Mill. DM	289	304	348	319	215	344	291	349	...
Niederlande	Mill. DM	211	210	218	208	216	218	235	234	...
Österreich	Mill. DM	146	159	167	148	171	155	156	183	...
Schweden	Mill. DM	69	63	61	46	59	56	64	63	...
Spanien	Mill. DM	180	190	199	190	170	223	235	247	...
Portugal	Mill. DM	35	36	34	32	28	46	33	34	...
USA und Kanada	Mill. DM	292	341	344	316	358	397	328	344	...
Japan	Mill. DM	76	97	89	74	109	144	84	27	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	448	500	507	455	562	630	501	573	...
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	342	363	394	342	391	395	331	396	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	2 545	2 811	2 725	2 426	2 844	3 056	2 763	2 965	...
EU-Länder	Mill. DM	1 581	1 726	1 702	1 410	1 684	1 837	1 653	1 847	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	242	292	246	234	305	317	393	281	...
Dänemark	Mill. DM	52	58	96	27	89	61	26	123	...
Finnland	Mill. DM	14	12	11	14	11	8	12	12	...
Frankreich	Mill. DM	391	383	416	333	382	350	350	415	...
Griechenland	Mill. DM	4	2	3	3	1	8	6	5	...
Großbritannien	Mill. DM	118	105	97	77	95	182	140	139	...
Irland	Mill. DM	16	21	8	35	14	17	27	50	...
Italien	Mill. DM	201	174	160	154	172	178	155	199	...
Niederlande	Mill. DM	287	392	394	303	405	401	312	324	...
Österreich	Mill. DM	83	78	80	62	83	91	57	123	...
Schweden	Mill. DM	43	55	42	28	19	87	50	35	...
Spanien	Mill. DM	106	123	120	105	72	99	101	103	...
Portugal	Mill. DM	25	33	28	35	35	39	26	39	...
USA und Kanada	Mill. DM	189	199	184	175	215	247	220	196	...
Japan	Mill. DM	79	69	58	61	65	88	54	63	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	172	208	211	166	228	284	263	252	...
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	261	336	326	310	351	279	326	303	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1999	2000				2001			
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
Einzelhandel ¹⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	91,5	92,7	91,4	91,9	92,5	94,8	95,1	96,2	97,0
Teilzeitbeschäftigte	1995 = 100	100,9	101,0	99,9	100,5	101,5	103,9	104,2	105,9	105,7
Umsatz ²⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	97,3	102,3	102,8	97,8	97,0	109,9	102,7	105,6	103,7
Großhandel ¹⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	96,8	97,0	97,6	97,1	97,8	95,3	94,1	94,6	95,9
Umsatz ²⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	108,5	116,1	128,0	109,8	118,4	125,7	114,9	113,9	115,8
Gastgewerbe ¹⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	86,6	84,3	86,9	88,8	88,0	87,4	89,7	90,7	90,2
Teilzeitbeschäftigte	1995 = 100	88,9	83,9	86,7	89,4	87,9	88,5	90,5	92,0	89,3
Umsatz ²⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	99,2	101,1	108,8	112,2	109,4	111,7	112,0	112,2	116,3
Tourismus										
in allen Berichtsgemeinden										
Gäste	1 000	570	604	712	701	807	663	702	699	783
Ausländer	1 000	113	123	151	193	186	123	140	186	175
Übernachtungen	1 000	1 753	1 870	2 149	2 817	2 701	1 947	2 077	2 787	2 599
Ausländer	1 000	333	366	411	718	643	331	378	711	598
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
Güterempfang	1 000 t	1 285	1 335	1 366	1 387	1 512	1 405	1 253	1 483	1 356
Güterversand	1 000 t	721	825	718	799	879	865	817	857	858
Straßenverkehr										
Zulassungen fabrikneuer										
Kraftfahrzeuge	Anzahl	19 005	17 744	19 091	17 800	16 524	22 314	17 829	18 638	15 409
Krafträder	Anzahl	1 271	1 109	1 557	1 212	1 002	1 756	1 528	1 246	1 065
Personenkraftwagen										
und „M 1“ Fahrzeuge	Anzahl	16 370	15 265	16 109	15 391	13 959	19 091	14 906	13 197	13 138
Lastkraftwagen	Anzahl	954	980	986	864	949	998	947	791	882
Zugmaschinen	Anzahl	240	219	246	173	190	230	228	204	176
Straßenverkehrsunfälle										
	Anzahl	10 318	10 384	9 605	9 824	10 754	11 216	10 729	9 692 ^p	10 858
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 617	1 578	1 660	1 485	1 899	1 863	1 811	1 603 ^p	1 904
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	8 701	8 806	7 945	8 339	8 855	9 353	8 918	8 089 ^p	8 954
Verunglückte Personen	Anzahl	2 178	2 125	2 206	2 082	2 583	2 409	2 485	2 168 ^p	2 553
Getötete	Anzahl	32	30	35	36	32	24	28	27 ^p	30
Pkw-Insassen	Anzahl	20	17	18	23	13	11	14	14 ^p	16
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	6	6	12	7	11	9	7	10 ^p	8
Radfahrer	Anzahl	2	2	2	5	3	1	5	3 ^p	2
Fußgänger	Anzahl	3	3	2	1	2	2	2	— ^p	3
Schwerverletzte	Anzahl	496	458	494	503	617	538	517	444 ^p	546
Pkw-Insassen	Anzahl	263	253	228	281	268	217	243	...	271
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	106	93	134	105	185	171	128	...	149
Radfahrer	Anzahl	55	44	73	60	88	78	78	...	82
Fußgänger	Anzahl	49	46	36	26	49	53	48	...	36
Geld und Kredit										
Zahlungsschwierigkeiten										
Insolvenzen	Anzahl	94	145	142	152	140	182	148	182	189
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	67 332	106 585	126 704	66 007	113 838	202 366	104 863	121 256	99 062

1) Vorläufige Ergebnisse. – 2) Ohne Umsatzsteuer.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1999	2000				2001			
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
Kredite und Einlagen ^{1) 2)} (Stand am Jahres- bzw. Monats- ende)										
Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	·	·	199 966	·	·	·	212 224	·	·
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. DM	·	·	25 969	·	·	·	27 515	·	·
mittelfristige Kredite (über 1 Jahr bis 5 Jahre)	Mill. DM	·	·	19 588	·	·	·	20 776	·	·
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. DM	·	·	154 409	·	·	·	163 933	·	·
Kredite an inländische Nicht- banken	Mill. DM	·	·	189 356	·	·	·	199 120	·	·
Kredite an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	·	·	169 850	·	·	·	176 742	·	·
Kredite an öffentliche Haushalte	Mill. DM	·	·	19 506	·	·	·	22 378	·	·
Kredite an ausländische Nicht- banken	Mill. DM	·	·	10 610	·	·	·	13 104	·	·
Einlagen und aufgenommene										
Kredite von Nichtbanken	Mill. DM	·	·	141 710	·	·	·	149 123	·	·
Sichteinlagen	Mill. DM	·	·	30 300	·	·	·	33 785	·	·
Termineinlagen	Mill. DM	·	·	40 116	·	·	·	45 833	·	·
Sparbriefe	Mill. DM	·	·	10 650	·	·	·	10 926	·	·
Spareinlagen	Mill. DM	·	·	60 644	·	·	·	58 579	·	·
Einlagen von inländischen										
Nichtbanken	Mill. DM	·	·	136 500	·	·	·	142 475	·	·
Einlagen von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	·	·	132 347	·	·	·	137 903	·	·
Einlagen von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	·	·	4 153	·	·	·	4 572	·	·
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. DM	·	·	5 210	·	·	·	6 648	·	·
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	3 955	4 396	4 944	3 742	4 329	5 061	4 594	3 536	3 924
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 621	1 623	2 070	1 028	1 611	2 109	1 813	905	1 494
Lohnsteuer	Mill. DM	1 195	1 217	984	1 069	1 571	1 523	982	960	1 564
Einnahmen aus der Lohn- steuererlegung	Mill. DM	157	216	–	–	629	632	–	–	645
veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	62	63	468	– 121	– 83	– 99	445	– 152	– 68
Kapitalertragsteuer	Mill. DM	84	89	72	51	25	629	130	101	49
Zinsabschlag	Mill. DM	45	51	17	21	88	79	20	25	99
Einnahmen aus der Zinsab- schlagserlegung	Mill. DM	20	22	–	–	70	58	–	–	79
Körperschaftsteuer	Mill. DM	234	203	530	8	10	– 23	235	– 29	– 150
Einnahmen aus der Körper- schaftsteuererlegung	Mill. DM	31	14	–	–	– 8	– 18	–	–	– 49
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	2 334	2 773	2 873	2 715	2 718	2 952	2 781	2 631	2 430
Umsatzsteuer	Mill. DM	760	745	714	779	710	774	674	697	790
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	1 573	2 028	2 159	1 936	2 008	2 178	2 108	1 934	1 639
Zölle	Mill. DM	185	210	216	195	209	193	203	183	217
Bundessteuern	Mill. DM	238	276	311	271	246	285	270	260	229
Verbrauchssteuern (ohne Bier- steuer)	Mill. DM	155	190	198	212	186	186	170	193	173
Solidaritätszuschlag	Mill. DM	71	73	101	49	48	87	88	56	42
Landessteuern	Mill. DM	139	131	133	132	126	200	145	149	139
Vermögensteuer	Mill. DM	5	5	5	4	4	4	3	2	6
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	61	61	64	66	57	82	75	80	67
Biersteuer	Mill. DM	7	7	9	9	6	7	8	7	7

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank). – 2) Mit Beginn der Währungsunion haben sich die bankstatistischen Darstellungen gravierend geändert; die Daten ab 1999 sind daher inhaltlich nicht mehr mit den vorhergehenden vergleichbar.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1999	2000				2001			
		Monatsdurchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Gemeindesteuern ¹⁾	Mill. DM	783	833	902	-	-	-	736	-	-
Grundsteuer A	Mill. DM	9	9	0	-	-	-	9	-	-
Grundsteuer B	Mill. DM	167	177	203	-	-	-	184	-	-
Gewerbsteuer (brutto)	Mill. DM	521	574	619	-	-	-	457	-	-
Grunderwerbsteuer	Mill. DM	71	58	61	-	-	-	64	-	-
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	2 165	2 424	2 715	2 138	2 334	3 776	3 465	2 925	3 258
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	713	713	925	441	689	943	798	390	629
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	1 205	1 426	1 479	1 395	1 398	2 547	2 396	2 248	2 397
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 186	1 183	1 358	992	1 092	1 433	1 340	838	1 094
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	620	610	805	314	563	844	666	256	490
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	399	409	420	443	399	387	529	358	457
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾	Mill. DM	1 229	1 255	1 312	-	-	-	1 149	-	-
Gewerbsteuer (netto) ²⁾	Mill. DM	405	447	503	-	-	-	372	-	-
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	503	496	467	-	-	-	444	-	-
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. DM	58	54	57	-	-	-	54	-	-
Preise										
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im früheren Bundesgebiet	1995 = 100	104,8	106,9	106,8	107,3	107,2	109,8	110,0	110,0	109,8
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	1995 = 100	101,7	101,2	101,8	101,4	100,8	107,3	107,6	107,1	105,9
Löhne und Gehälter ³⁾										
Arbeiterinnen und Arbeiter im produzierenden Gewerbe										
Bruttomonatsverdienste	DM	4 586	4 680	-	4 731	-	-	-	4 768	-
Arbeiter	DM	4 731	4 822	-	4 877	-	-	-	4 911	-
Arbeiterinnen	DM	3 422	3 513	-	3 529	-	-	-	3 580	-
Bruttostundenverdienste	DM	27,58	28,15	-	28,27	-	-	-	28,60	-
Arbeiter	DM	28,36	28,93	-	29,05	-	-	-	29,36	-
Facharbeiter	DM	30,33	30,96	-	31,12	-	-	-	31,62	-
Angelernte Arbeiter	DM	27,10	27,83	-	28,03	-	-	-	28,24	-
Hilfsarbeiter	DM	23,04	23,49	-	23,50	-	-	-	23,63	-
Arbeiterinnen	DM	21,17	21,59	-	21,63	-	-	-	22,07	-
Hilfsarbeiterinnen	DM	20,09	20,43	-	20,49	-	-	-	20,76	-
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	38,2	38,3	-	38,5	-	-	-	38,4	-
Arbeiter	Std.	38,3	38,4	-	38,6	-	-	-	38,5	-
Arbeiterinnen	Std.	37,2	37,5	-	37,5	-	-	-	37,3	-
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste im produzierenden Gewerbe	DM	6 491	6 616	-	6 618	-	-	-	6 812	-
Kaufmännische Angestellte	DM	5 975	6 056	-	6 042	-	-	-	6 220	-
Männer	DM	6 884	6 995	-	6 981	-	-	-	7 144	-
Frauen	DM	4 916	4 978	-	4 975	-	-	-	5 159	-
Technische Angestellte	DM	6 892	7 068	-	7 085	-	-	-	7 279	-
Männer	DM	7 055	7 235	-	7 254	-	-	-	7 453	-
Frauen	DM	5 390	5 525	-	5 545	-	-	-	5 659	-
im Handel, Kredit- u. Versicherungsgewerbe	DM	4 706	4 902	-	4 926	-	-	-	5 100	-
Kaufmännische Angestellte	DM	4 690	4 890	-	4 914	-	-	-	5 101	-
Männer	DM	5 308	5 508	-	5 552	-	-	-	5 740	-
Frauen	DM	4 082	4 269	-	4 281	-	-	-	4 444	-

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 3) Neuer Berichtsfirmenkreis Oktober 1999.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Berichtsmerkmal	Einheit	1999	2000				2001			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit			4 028							
Bevölkerung am Monatsende		82 029	...	82 168	82 183	82 199
Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	34 785	...	48 558 ^p	50 219 ^p	44 309 ^p
Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	65 420	...	68 139 ^p	63 696 ^p	65 597 ^p
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	71 032	...	71 047 ^p	65 607 ^p	63 710 ^p
Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	-5 612	...	-2 908 ^p	-1 911 ^p	1 887 ^p
Arbeitslose		4 099	3 889	3 788	3 724	3 804	3 868	3 721	3 694	3 799
Männer		2 160	2 053	1 996	1 947	1 971	2 092	1 990	1 958	1 997
Arbeitslosenquote ⁴⁾	%	10,5	9,6	9,3	9,1	9,3	9,5	9,0	8,9	9,2
Arbeitslosenquote ⁵⁾	%	11,7	10,7	10,3	10,1	10,3	10,5	9,9	9,9	10,1
Offene Stellen		456	514	567	560	553	580	559	542	522
Kurzarbeiter		119	86	97	81	66	119	111	109	103
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ⁶⁾										
Beschäftigte	1 000	6 368	6 375	6 344	6 362	6 398	6 384	6 385	6 389	6 413
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	527	526	563	507	509	508	538	507	511
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	194 982	212 968	225 085	212 847	206 353	212 675	225 106	221 261	216 995
Auslandsumsatz	Mill. DM	66 608	77 255	80 645	78 672	74 943	78 058	82 290	82 374	80 628
Index der Nettoproduktion für das Verarbeitende Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (kalendermonatlich)	1995 = 100	111,4	118,2	126,6	116,4	114,9	114,3	122,1	118,8 ^r	116,1
Vorleistungsgüterproduzenten	1995 = 100	112,5	118,5	128,0	116,5	116,5 ^r	113,5 ^r	122,0 ^r	117,1 ^r	116,7
Investitionsgüterproduzenten	1995 = 100	114,2	125,4	131,4	125,3	125,4 ^r	127,4 ^r	136,1 ^r	135,5 ^r	128,5
Gebrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	113,4	121,1	136,3	115,7	94,8 ^r	102,1 ^r	108,6 ^r	104,1 ^r	96,4
Verbrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	102,6	103,7	109,6	100,9	102,1 ^r	100,6 ^r	106,3 ^r	102,3 ^r	103,8
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	41 201	41 971	38 763	36 404	39 232
Gaserzeugung	Mill. kWh	32 097	32 478	28 719	28 571	29 405	31 281	26 663	28 299	...
Bauwirtschaft und Wohnungs-wesen										
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau ⁷⁾										
Beschäftigte	1 000	1 110	1 050	1 072	1 070	1 065	942	950	951	949
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	113	106	129	112	114	90	105	99	103
Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	16 915	16 077	17 395	16 812	17 146	12 557	14 819	15 553	16 422
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	19 459	16 100	17 897	16 165	17 352	13 967	16 051	15 326	16 335
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	17 977	14 944	16 633	14 959	16 125	13 044	14 963	14 329	15 248
Wohnfläche	1 000 m ²	3 403	2 811	3 132	2 866	2 985	2 462	2 823	2 657	2 815
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	3 442	3 292	3 797	3 445	3 642	2 918	3 279	3 176	3 512
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	36 465	29 042	31 913	30 013	30 789	25 009	28 129	26 403	28 398
Handel und Gastgewerbe ⁸⁾										
Einzelhandel										
Umsatz ⁹⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	100,8	103,2	107,4	99,5	101,3	103,3	107,2	103,0	105,2
Großhandel										
Umsatz ⁹⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	101,6	109,9	118,3	106,9	103,4	109,8	115,6	111,3	105,8
Gastgewerbe										
Umsatz ⁹⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	96,3	97,2	105,7	104,7	103,7	92,3	104,6	104,3	105,5

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen (Abhängige, Selbständige und mithelfende Familienangehörige). – 5) Arbeitslose in % der abhängigen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose). – 6) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 7) Nach der Totalerhebung hochgerechnet. – 8) Vorläufige Ergebnisse. – 9) Ohne Umsatzsteuer.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Berichtsmerkmal	Einheit	1999	2000				2001			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	83 124	97 279	102 003	96 893	97 228	103 131	92 104	104 566	108 194
EU-Länder insgesamt	Mill. DM	47 816	54 990	57 269	54 805	53 681	59 441	57 347	57 809	58 190
Belgien /Luxemburg	Mill. DM	4 697	5 341	5 532	5 263	5 028	5 979	5 699	5 588	5 351
Frankreich	Mill. DM	9 547	11 110	11 834	10 940	9 142	12 466	11 116	10 703	11 799
Großbritannien	Mill. DM	7 029	8 090	8 667	8 032	6 040	8 854	9 175	8 316	9 214
Italien	Mill. DM	6 248	7 367	7 714	7 642	6 099	7 631	7 835	8 193	8 150
Niederlande	Mill. DM	5 599	6 270	6 264	6 161	7 261	6 900	6 434	6 389	6 165
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	72 496	88 692	94 616	85 117	86 882	92 560	106 614	91 127	91 054
EU-Länder insgesamt	Mill. DM	39 060	45 946	49 566	43 977	44 923	49 548	49 446	48 545	47 135
Belgien /Luxemburg	Mill. DM	3 729	4 521	4 831	4 384	4 705	5 053	4 906	5 106	4 929
Frankreich	Mill. DM	7 425	8 477	9 252	8 413	11 092	8 712	8 861	8 774	8 369
Großbritannien	Mill. DM	5 013	6 182	6 950	5 437	7 802	6 770	6 673	6 297	5 540
Italien	Mill. DM	5 396	5 907	6 397	5 990	7 638	6 007	6 258	6 173	6 202
Niederlande	Mill. DM	5 882	7 810	8 477	7 415	6 050	7 863	7 520	7 557	7 278
Steuern										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	53 301	55 215	49 921	73 778	47 660	41 279	43 417	68 300	46 939
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	30 056	31 355	24 705	50 968	22 787	20 241	17 127	47 045	21 718
Lohnsteuer	Mill. DM	21 809	22 123	21 009	21 001	23 685	19 455	20 184	20 973	22 602
veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	1 774	1 992	- 1 713	10 509	- 2 691	- 2 166	- 1 965	10 340	- 2 925
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	22 354	22 960	24 486	22 807	22 884	19 662	24 992	21 245	23 116
Umsatzsteuer	Mill. DM	18 189	17 462	18 556	17 112	17 595	14 654	18 494	15 901	17 008
Zölle	Mill. DM	519	553	582	573	525	479	571	476	576
Bundessteuern	Mill. DM	11 773	12 306	14 284	13 082	11 792	10 068	13 266	12 329	13 690
Versicherungssteuer	Mill. DM	1 160	1 181	1 040	717	662	764	1 031	759	682
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	8 774	9 188	11 746	9 334	9 612	7 979	10 917	8 776	11 507
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirt- schaftlicher Betriebsmittel ¹⁾	1995 = 100	100,8	106,7	106,0	106,6	106,4	110,2	110,3	110,5	110,1
Index der Erzeugerpreise landwirt- schaftlicher Produkte ¹⁾	1995 = 100	89,9	95,1	94,7	96,1	96,8	102,4	103,0	99,7 ^P	99,5 ^P
Index der Erzeugerpreise gewerb- licher Produkte ¹⁾	1995 = 100	98,5	101,8	101,0	101,3	102,0	105,4	105,6	105,7	105,2
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1995 = 100	98,4	98,7	98,7	-	-	-	98,7	-	-
Bauleistungen am Bauwerk ²⁾	1995 = 100	98,4	98,7	98,7	-	-	-	98,6	-	-
Preisindex für den Straßenbau	1995 = 100	95,5	97,8	97,4	-	-	-	98,6	-	-
Preisindex für die Lebenshaltung										
aller privaten Haushalte	1995 = 100	104,9	106,9	106,3	106,9	107,4	109,5	110,0	110,2	110,2
Nahrungsmittel und alkoholfreie										
Getränke	1995 = 100	101,7	101,2	101,8	101,8	101,4	105,9	107,7	108,0	107,4
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	1995 = 100	106,0	107,5	107,4	107,3	107,3	109,3	109,4	109,5	109,5
Bekleidung und Schuhe	1995 = 100	101,8	102,0	102,0	101,9	101,6	102,6	102,8	102,8	102,4
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	1995 = 100	107,4	110,9	110,1	110,4	110,8	114,0	114,2	114,6	114,5
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren										
Instandhaltung	1995 = 100	102,1	102,1	102,0	102,0	102,0	102,7	103,0	103,0	103,1
Gesundheitspflege	1995 = 100	110,6	111,0	110,8	110,9	111,0	112,2	112,3	112,3	112,4
Verkehr	1995 = 100	107,6	113,6	111,9	114,5	114,6	118,0	119,5	118,8	117,6
Nachrichtenübermittlung	1995 = 100	88,2	84,5	84,1	84,0	84,0	81,9	81,9	81,9	82,1
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	1995 = 100	103,4	104,5	102,8	104,2	106,4	105,1	105,0	105,8	107,8
Bildungswesen	1995 = 100	117,5	119,3	118,8	118,8	118,8	120,9	120,9	120,9	121,0
Beherbergungs- und Gaststätten- dienstleistungen	1995 = 100	104,9	106,2	105,6	106,3	108,9	107,4	107,5	108,6	110,8
Andere Waren und Dienstleistungen	1995 = 100	104,5	106,8	106,5	106,6	106,6	109,2	109,3	109,4	109,6

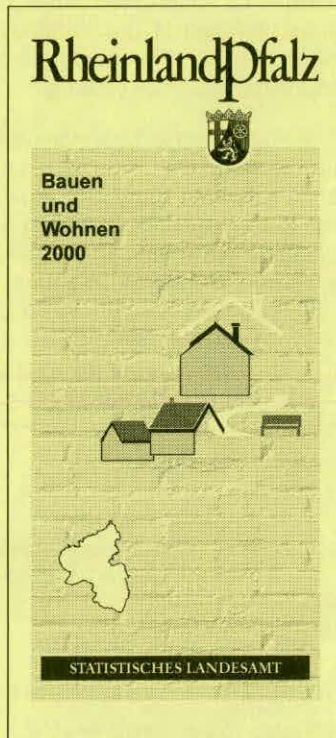
1) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 2) Ohne Baunebenleistungen.

Neuerscheinungen

Faltblatt

Bauen und Wohnen

Aktuelle Informationen über den Wohnungsmarkt in Rheinland-Pfalz bietet ein neues Faltblatt des Statistischen Landesamtes.



In übersichtlicher Form wird darin das Wichtigste zur Struktur des Wohnungsbestandes, zum Wohngeld, zum sozialen Wohnungsbau, zu Baugenehmigungen und Baufertigstellungen, zum Bauspargeschäft sowie zur Baupreisentwicklung dargestellt. Ergänzt werden die Landeszahlen durch Angaben zur Wohnungsversorgung sowie zu den Baulandpreisen in den Kreisen und kreisfreien Städten.

Die Broschüre „Bauen und Wohnen“ kann kostenfrei bezogen werden.

Bestelladresse:

Statistisches Landesamt
Vertrieb der Veröffentlichungen
56128 Bad Ems
Telefon: (0 26 03) 71-2 45
Telefax: (0 26 03) 71-3 15
E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de



Kulturfinanzbericht 2000

Neue Gemeinschaftsveröffentlichung der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Mit dem „Kulturfinanzbericht 2000“ legen die statistischen Ämter nun erstmals eine umfassende Statistik über die für Kultur aufgewendeten Mittel vor. Damit erhalten Politiker und die interessierte Öffentlichkeit die Möglichkeit, sich einen Überblick über die finanziellen Leistungen von Bund, Ländern und Gemeinden für die verschiedenen Kulturbereiche und die unterschiedlichen Schwerpunkte dieses Engagements zu verschaffen. Dabei gibt die Statistik nicht nur Informationen darüber, wie viele Mittel die Länder pro Einwohner für die einzelnen Einrichtungen ausgeben, sondern beispielsweise auch darüber, wie viel Geld die privaten Haushalte für die Teilhabe am kulturellen Leben aufbringen.

Der Kulturfinanzbericht eignet sich besonders als objektive Datengrundlage für Parlamente, Regierungen, Kultusverwaltungen, Kulturinstitutionen und die interessierte Öffentlichkeit. Der Bericht umfasst 91 Seiten und kann zum Preis von DM 27,38/EUR 14,00 zuzüglich Versandkosten bezogen werden.

kurz + aktuell

Ohne Bewährung: Mehr als 3 200 Personen verbüßen Freiheitsstrafen in rheinland-pfälzischen Justizvollzugsanstalten

Ende März 2001 verbüßten in den elf rheinland-pfälzischen Justizvollzugsanstalten 3 205 Personen eine Freiheitsstrafe. Gut 40% der Strafgefangenen waren jünger als 30 Jahre, 50% zwischen 30 und 50 Jahre alt. Jeder Zehnte hatte vor Antritt der Haft keinen festen Wohnsitz nachweisen können.

Zu den häufigsten Delikten, die zum Freiheitsentzug führten, zählten Diebstahl und Unterschlagung (703 Fälle), Vergehen gegen das Betäubungsmittelgesetz (568 Fälle), Raub und Erpressung (349 Fälle) sowie Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (273 Fälle).

Den Vorschriften des Strafgesetzbuches folgend, schlägt sich die Schwere der Delikte in der voraussichtlichen Vollzugsdauer nieder. Jeder vierte Strafgefangene verbüßte eine Strafe zwischen zwei und fünf Jahren, 21% mussten für ein bis zwei Jahre „hinter Gitter“, und bei weiteren 13% betrug das Strafmaß zwischen fünf und 15 Jahre. Für 104 Gefangene hatten die Richter eine lebenslange Freiheitsstrafe verhängt.

Gut 60% der Einsitzenden waren bereits vorbestraft, jeder Vierte von diesen hatte dabei mindestens fünf Vorstrafen „auf dem Kerbholz“. Knapp drei Viertel der Vorbestraften „sitzen“ nicht zum ersten Mal; 82% der wiederholt Straffälligen mussten spätestens im zweiten Jahr nach ihrer letzten Entlassung aus dem Strafvollzug erneut eine Freiheitsstrafe verbüßen. schm

Steuereinnahmen des Landes nach Steuerverteilung			
Steuerart	Januar - September		Ver- ände- rung
	2000	2001	
		Mill. DM	
Landessteuern	1 210,7	1 372,1	13,3
Vermögensteuer	45,9	27,0	- 41,2
Erbschaftsteuer	185,1	239,9	29,6
Grunderwerbsteuer (Landesanteil)	131,4	134,7	2,5
Kraftfahrzeugsteuer	579,1	688,3	18,8
Rennwett- und Lotteriesteuer	187,3	201,4	7,5
Feuerschutzsteuer	17,3	19,5	12,3
Biersteuer	64,5	61,4	- 4,8
Landesanteil an den Steuern vom Einkommen	5 312,9	4 752,7	- 10,5
Lohnsteuer	3 787,8	3 664,1	- 3,3
Veranlagte Einkommensteuer	120,1	- 36,2	X
Kapitalertragsteuer	339,9	648,5	90,8
Zinsabschlag	209,6	267,7	27,7
Körperschaftsteuer	855,5	208,6	- 75,6
Landesanteil an den Steuern vom Umsatz	3 626,6	3 540,8	- 2,4
Umsatzsteuer	2 569,0	2 376,8	- 7,5
Einfuhrumsatzsteuer	1 057,6	1 163,9	10,1
Landesanteil an der Gewerbesteuerumlage	68,5	58,3	- 14,9
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (FDE)	32,5	20,2	- 37,7
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (LFA)	104,6	72,2	- 30,9
Gewerbesteuerumlage- Unternehmenssteuerreform	25,2	15,2	- 39,7
Insgesamt	10 381,0	9 831,6	- 5,3

Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet im September 2001		
Indexbezeichnung	1995 = 100	Veränderung zu September 2000 in %
Früheres Bundesgebiet ¹⁾		
Alle privaten Haushalte		
Gesamtindex	109,8	2,0
davon		
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	105,7	5,2
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	109,8	1,9
Bekleidung, Schuhe	103,6	1,1
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	114,3	2,0
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	103,6	1,3
Gesundheitspflege	111,6	1,0
Verkehr	117,6	1,8
Nachrichtenübermittlung	82,0	.
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	106,1	1,5
Bildungswesen	119,5	0,5
Beherbergungs- und Gaststätten-dienstleistungen	108,2	1,8
Andere Waren und Dienstleistungen	109,7	2,6
4-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen		
Gesamtindex	109,4	2,1
4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen		
Gesamtindex	108,8	1,9
2-Personen-Rentnerhaushalte mit geringem Einkommen		
Gesamtindex	110,4	2,6
Deutschland ²⁾		
Alle privaten Haushalte		
Gesamtindex	110,0	2,1
1) Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. – 2) Gebietsstand seit dem 3. 10. 1990.		

Zeichenerklärungen und Abkürzungen

0	Zahl ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle	D	Durchschnitt
–	nichts vorhanden (genau Null)	p	vorläufig
·	Zahl unbekannt oder geheim zu halten	r	berichtigt
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll	s	geschätzt
...	Zahl fällt später an		
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug		
()	Aussagewert eingeschränkt, da die Zahl statistisch unsicher ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50–100“ verwendet.

Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ · 1. – 8. Jahrgang 1948–1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz · Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bezugspreis: Einzelheft DM 3,80 Jahresabonnement DM 43,- zuzüglich Zustellgebühr · Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 56128 Bad Ems, Telefon (0 26 03) 71-245, Telefax (0 26 03) 71-315, E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de oder durch den Buchhandel · ISSN 0174-2914.

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2001 · Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.